Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1908, 3328, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 311. Mittwoch, 2. Juli 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Bundesstaat.

Eigene Drahtmeldung.

Th. **Thorn,** 2. Juli.

Die Verhandlungen der westpreußischen deutschen und polnischen Volksräte mit dem Posener obersten polnischen Volksrat sind so weit gediehen, daß die beteiligten Herren nach einem Funkspruch aus Posen nach Warschau weitergefahren sind, um mit der dortigen Regierung zu verhandeln. In deutschen Kreisen legt man den Entschluß zur Weiterreise nach Warschau günstig aus. Von Thorn nehmen an den Verhandlungen von deutscher Seite Stadtforstrat Löwe und Rittergutsbesitzer Hasbach von Schloß Birglau teil, von polnischer Seite Rechtsanwalt Szuman und Klosinski. Die führenden deutschen westpreußischen Zeitungen heben hervor, daß die Aussichten der Verwirklichung eines Bundesstaates noch nicht allzu groß sind, obgleich sich die Polen sagen mußten, daß sie besser täten, sich mit einer solchen Art der Angliederung zu begnügen, statt durch vollständige Einverleibung mit einem Ruck alles Bestehende in den gewonnenen Gegenden umzustoßen, zumal die eigenen Kräfte zur sofortigen Einführung einer reinen polnischen Verwaltung durchaus fehlen. Daß mit den gebildeten Polen ein Einvernehmen erreichbar und somit ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sein wird, ist anzunehmen und zu erhoffen. Wünschenswert wäre aber, daß auch die mindergebildeten Kreise der polnischen Bevölkerung dieser Verständigung folgen. Die Polenpresse verhält sich vorläufig ablehnend.

S. **Haag,** 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Paderewski unterzeichnete gestern den polnischen Vertrag, der die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten enthält. Clemenceau schreibt dazu im Namen des Viererrats u. a. in einem Briefe, daß die Anerkennung eines neuen Staates, der sich bilden sollte, nur unter der Bedingung erfolgen werde, wenn dieser sich verpflichtet, gewisse Grundsätze zu beachten. Polen verdanke seine Unabhängigkeit den Anstrengungen der Verbündeten, und seine Zukunft hänge von der Unterstützung des Verbandes ab. Polen solle nicht unter die Vormundschaft der Verbündeten gestellt werden, wohl aber unter die Garantien des Völkerbundes.

Die Bedingungen des Vertrages.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen anderseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, daß Polen diese Gebiete zugesprochen werden.

Im ersten Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet sich Polen, allen Bewohnern Polens Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes Bekenntnis auszuüben, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht im Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatsangehörige die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Polen an, unter dem Vorbehalt der Bestimmung des Friedensvertrages mit Deutschland und Oesterreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Tage auf dem in Frage kommenden Gebiete ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt. Der ständige Schiedsgerichtshof wird über Meinungsverschiedenheiten entscheiden.

Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Verbündeten Transitfreiheit und Meistbegünstigung gewähren, es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen, betreffend Telegraph, Eisenbahnen, Sanitätswesen usw., beitreten. Polen wird den dem Völkerbund angehörenden Staaten gleiche Rechte und Privilegien gewähren. Es übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle anderen finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Dänemark und Polen.

V. **Kopenhagen,** 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der dänische Außenminister hat laut Veröffentlichung des hiesigen polnischen Pressebureaus der polnischen Regierung folgendes Telegramm zugehen lassen:

„Anläßlich des Telegrammes vom 26. April, die Anerkennung Polens betreffend, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die dänische Regierung, erfreut über den Wiedereintritt Polens in die Reihe der freien und souveränen europäischen Staaten, mit lebhafter Freude sich beeilt, offiziell Polen und seine Regierung anzuerkennen. Die dänische Regierung teilt den innigen Wunsch, freundschaftliche Verbindung zwischen den beiden Ländern herzustellen."

Die Aufteilung von Kamerun und Togo.

S. **Haag,** 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) England und Frankreich haben sich endlich über die Verteilung der deutschen Kolonien Kamerun und Togo geeinigt. Die Aufteilung erfolgt im allgemeinen so, wie sie im Geheimvertrag vom März 1916 festgesetzt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo und etwa 4/5 von Kamerun.

Die amtliche Textausgabe des Friedensvertrags.

Die amtliche Textausgabe des Friedensvertrags erscheint unmittelbar nach der Ratifikation durch die Nationalversammlung in einer im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen Volksausgabe bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Charlottenburg im Buchhandel. Die Ausgabe umfaßt den deutschen, englischen und französischen Text nebst den Karten der feindlichen Originalausgabe, sowie das in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen bearbeitete, etwa 150 Seiten umfassende ausführliche Sachregister.

Baldige Ratifizierung des Vertrags.

Eine deutsche Note an Clemenceau.

Hoffnung auf Heimsendung der Gefangenen.

Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, folgende Note überreicht worden:

Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni über die Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderliche Maßnahme zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und von der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können.

Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zusage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

Bevorstehende Friedensschlüsse und Verträge.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Der Oberste Rat der Verbündeten wird morgen nachmittag Beschluß fassen über die Arbeitsmethoden, die er künftig beim Ausarbeiten der verschiedenen mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei zu schließenden Verträge befolgen wird. Hinsichtlich Oesterreichs ist der Vertrag völlig beendet, ausgenommen die militärischen Bedingungen.

Infolge der Note der Verbündeten hat die türkische Delegation beschlossen, Frankreich zu verlassen, sie wird am Mittwoch abreisen.

Verträge analog dem mit Polen abgeschlossenen, die namentlich die Sicherung der Rechte der Minderheiten betreffen, werden mit Rumänien und der Tschecho-Slowakei abgeschlossen.

Infolge des gegenwärtig auf der Friedenskonferenz gepflogenen Meinungsaustausches zwischen dem belgischen Minister des Aeußern und dem holländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde beschlossen, eine internationale Kommission von 14 Mitgliedern zu bestimmen, in der die vier Großmächte sowie Belgien und Holland mit je zwei Mitgliedern vertreten sind.

Die Ausführung der Friedensbedingungen.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich,** 2. Juli.

Es scheint, daß man in Frankreich vielfach nicht recht begreifen will, warum nunmehr, wo der Friede doch unterzeichnet ist, nicht mit aller Beschleunigung die Wiederherstellung normaler Verhältnisse gefördert wird, und warum namentlich von einer Rückkehr der ihrer Entlassung harrenden Soldaten noch immer nicht die Rede ist. So schreibt heute der „Matin", der sich zum Sprachrohr der kritischen Stimmen im Lande macht und seine Angriffe auf Clemenceau unermüdlich weiter fortsetzt:

Der Kriegszustand dauert fort, die Einschränkungen hören nicht auf, und man denkt nicht an Demobilmachung, hat doch Clemenceau in der Kammer nur von der Entlassung zweier Jahrgänge der unter Waffen stehenden Truppen gesprochen. Die Folge ist ein erschreckendes Kriegsbudget, ja, der Ruin Frankreichs, das Ende 1921 nicht nur keine Mark von Deutschland erhalten wird, sondern auch die Kosten für die Besetzung der linksrheinischen Gebiete bezahlen muß.

Ueber die verschiedenen, von Deutschland einzuhaltenden Verfallfristen, die im Vertrag für die nächsten Monate nach Inkrafttreten des Vertrags vorgesehen sind, bringen die französischen Blätter folgende Zusammenstellung:

In 10 Tagen muß Nordschleswig geräumt sein, in 15 Tagen Ostpreußen; von der 5. bis 7. Woche muß die Volksabstimmung in Schleswig stattfinden. Nach Ablauf eines Monats werden die Verbündeten die Liste der auszuliefernden Persönlichkeiten Deutschland zustellen und bekannt geben, ob sie das von Deutschland vorgeschlagene System über die Schadenersatzleistung annehmen wollen. Im Laufe von zwei Monaten müssen die Befestigungen im nichtbesetzten und im neutralen Gebiet geschleift werden. Am Ende des dritten Monats muß das deutsche Heer auf 200 000 Mann reduziert sein. Im vierten Monat muß Deutschland entweder eine bestimmte Summe zur Begleichung seiner Schulden bezahlen oder eine der verwüsteten Gegenden wiederherstellen. Im sechsten Monat schließlich erfolgt die Volksabstimmung in Malmedy sowie die Niederlegung weiterer Befestigungen. Gleichzeitig erlischt die Verpflichtung Deutschlands in bezug auf die Gewährung der Meistbegünstigung im Zolltarif gegenüber den verbündeten Ländern, und es wird in Danzig die vorgesehene Verwaltungskommission eingesetzt werden.

Aufhebung der Zensur in Italien und Frankreich.

R. **Basel,** 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die italienische Regierung hob die Zensur am 1. Juli auf. In Frankreich beschäftigt sich der nächste Ministerrat ebenfalls mit der Zensurfrage. Laferre ließ bereits in der Kammer verlauten, daß die Zensur vor dem 14. Juli aufgehoben wird. Der Antrag auf Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes soll in der Kammersitzung am 8. Juli an erster Stelle stehen.

Der Protest gegen die Ausschreitungen in Spaa.

Der in Spaa zurückgebliebene Vorsitzende der deutschen Kommission, Generalmajor Freiherr von Hammerstein, hat, wie die „P. P. N." erfahren, anläßlich der feindseligen Kundgebungen in Spaa den Verbündeten am 1. Juli folgende Protestnote überreichen lassen:

„Bereits am 23. und 29. Juni hatten vor dem von der deutschen Waffenstillstandskommission bewohnten Hotel in Spaa deutschfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Ich hatte daher auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes hingewiesen. Bei dem gestern abend erfolgten Abtransport eines Teiles der deutschen Waffenstillstandskommission ist es erneut zu starken deutschfeindlichen Kundgebungen gekommen, trotzdem die Abfahrt den englischen und belgischen Sicherheitsorganen rechtzeitig bekanntgegeben war. Eine bedeutende Menschenmenge, verstärkt durch einen mit Musik und Fahnen auftretenden Umzug, begleitete die Abfahrt der Automobile zum Bahnhof mit Johlen, Pfeifen und Schmährufen. In den Straßen und besonders vor dem Bahnhof setzten sich die Kundgebungen fort. Auf verschiedene Automobile wurden Steine geworfen. Einige derselben trafen die Insassen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zuzuschreiben, daß niemand verletzt wurde. Das letzte Automobil wurde durch die Menschenmenge am Bahnhof an der Rückfahrt zum Hotel gehindert und schwer beschädigt. Die belgischen und englischen Zivil- und Militärbehörden haben diese Ausschreitungen nicht verhindert. Das Aufgebot von belgischer Gendarmerie und englischem Militär war gegenüber der Menge trotz guten Willens und trotz des anzuerkennenden besten Bemühens des Führers des belgischen Gendarmeriekommandos machtlos. Nach den Vorgängen in Versailles und hier hätte erwartet werden müssen, daß genügende Vorkehrungen getroffen würden, um eine solche Verletzung der den Mitgliedern der deutschen Waffenstillstandskommission zustehenden und noch vor kurzem zugesicherten Immunität und persönlichen Sicherheit unbedingt zu verhindern. Ich erhebe daher gegen die Vorkommnisse des gestrigen Abends den schärfsten Protest. Ich bitte ferner Herrn General Nudant zu veranlassen, daß die Verlegung des Restes der Waffenstillstandskommission auf deutsches Gebiet nunmehr beschleunigt erfolgt."

Von der deutschen Waffenstillstandskommission wird der „P. P. N." mitgeteilt: General Nudant übergab der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa folgende Note:

„Die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission wird ihre Tätigkeit bis zur Ratifizierung fortsetzen. In beiderseitigem Interesse ist eine Verminderung des Personals wünschenswert. Die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission wird von Spaa verlegt. Der neue Aufenthaltsort wird in kürzester Frist festgesetzt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird zu gegebener Zeit von den Entschließungen des Marschalls verständigt werden. Es liegt in ihrem Interesse, sich nach Möglichkeit zu verkleinern."

Schwere Beschimpfung des Admirals von Reuter.

S. **Haag,** 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vizeadmiral von Reuter, der den Befehl zur Versenkung der deutschen Flotte in der Bucht von Scapa Flow gab, ist am Sonnabend, als er nach Oswestry übergeführt werden sollte, vom Publikum beschimpft und geschlagen worden.

Eine Frau als Opfer der Steinwürfe von Versailles.

Die deutsche Friedensdelegation wurde bekanntlich bei ihrer Abreise von Versailles von aufgeregten Volksmassen beschimpft und mit Steinen beworfen. Am schwersten betroffen wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, Frau Dornblüth, die einen Steinwurf auf den Hinterkopf erhielt. Es schien im Anfang, daß die Verletzung nur unerheblich sein würde, und Frau Dornblüth hat noch in Weimar ihre Tätigkeit als Mitglied der Friedensdelegation fortgesetzt. Inzwischen hat sich, wie wir von einwandfreier Seite erfahren, ihr Zustand so verschlimmert, daß sie in die Nervenklinik der Charité übergeführt werden mußte. Der Steinwurf hatte eine leichte Gehirnerschütterung verursacht, deren Folgen sich jetzt bemerkbar machen. Die „Grande Nation" kann auf diese Leistungen ihrer Patrioten stolz sein.

Die Antwort der Verbündeten an Bethmann-Hollweg.

O **Paris,** 2. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) **Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" meldet, bereiten die Verbündeten ihre Antwort auf den Brief Bethmann-Hollwegs vor, der noch in der letzten Sitzung des Viererrats vor der Unterzeichnung des Friedens geprüft wurde.**

Pichon Vorsitzender des Fünferrats.

Amsterdam, 2. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris: Den Vorsitz im Fünferrat wird nicht, wie gemeldet, Clemenceau, sondern Pichon führen.

Die Juliresolution und Dr. Helfferich.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der frühere Minister Dr. Helfferich beteiligt sich in einem Artikel „Die Juliresolution — der Anfang des moralischen Zusammenbruchs" in der „Kreuzzeitung" an dem Bestreben, die Geschichte des Krieges zu fälschen. So erzählt er, um diese Resolution als reichsschädigend hinzustellen, Herr Erzberger habe sie betrieben, ohne vorher die Reichsleitung von seiner Absicht zu unterrichten, und fährt fort: „Dagegen muß hervorgehoben werden, daß Herr Erzberger seinen Vorstoß im Einverständnis mit dem Leiter der österreichischen Politik, ja auf dessen Anstiften unternommen hat."

Da die Juliresolution als das Ereignis, von dem ab noch einmal die Katastrophe hätte verhindert werden können, geschichtlich eine große Rolle spielen wird, sei heute schon folgendes festgestellt: Die Bemühungen um diese Kundgebung erfolgten nach eingehender Rücksprache mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der sie als Kampfmitteln gegen die Alldeutschen billigte, mit den Staatssekretären Graf Roedern und Dr. Solf und auch mit Dr. Helfferich, der ein halbes Jahr vorher seiner Denkschrift gegen den U-Bootkrieg eine Anzahl von Reden für den U-Bootkrieg hatte folgen lassen, und der sich gegen die Friedensresolution aussprach. Er weiß also am besten, daß die Aktion nicht ohne Benachrichtigung der Reichsregierung erfolgt ist. Das ist die erste grobe Unwahrheit. Die zweite ist die Behauptung, die Resolution sei im Einverständnis ja, auf Anstiften Czernins erfolgt. Czernin hat in einer Rede behauptet, die Schilderungen eines seiner Freunde über die Lage in Wien hätten Erzberger und Südekum in ihren Bestrebungen bestärkt. Daraus macht Herr Dr. Helfferich ein Einverständnis, ja ein Anstiften des Grafen Czernin. Erzberger hatte aber die Rücksprache eines Freundes des Grafen gar nicht nötig. Im April 1917 war ein dringlicher Bericht Czernins in Berlin eingegangen, die Monarchie stände vor den ernstesten inneren Zersetzungen, über das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin reiste Erzberger in Bethmanns Auftrag nach Wien und erreichte in Verhandlungen mit dem Kaiser Karl und Czernin, daß überstürzte Friedensschritte unterblieben. Die Reichsregierung allerdings schlug die Schicksalsmahnung aus Wien, die dann ein Jahr später zu der lange vorher geahnten Katastrophe führte, in den Wind und glaubte, mit dem Erfolge der Erzbergerschen Reise sei alles Nötige getan.

Daß für die parlamentarischen Betreiber der Friedensresolution neben dem offenkundigen Fiasko des U-Bootkrieges die Kenntnis der Wiener Schwäche ein hauptsächlicher Ansporn war, das Volk aus den Gleisen der Annexionsschreier heraus auf den Boden eines Verständigungsfriedens zu bringen, ist selbstverständlich. Erzberger gebrauchte damals im Hauptausschuß das Gleichnis, die Mittelmächte führen in Convoi. Da habe sich das Ganze nach dem langsam fahrenden Schiff zu richten, und das sei die Donaumonarchie. Es ist also eine offenkundige Unwahrheit, daß Erzberger sich dazu hergegeben habe, „die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen". Gerade was Dr. Helfferich als notwendig und angeblich unterlassen bezeichnet, „Oesterreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken", war Zweck und Ergebnis seiner Wiener Reise gewesen. Dann aber zog die Verständigungsmehrheit des Reichstages aus diesen ersten Anzeichen des Zusammenbruchs die politischen Konsequenzen und versuchte, eine Beendigung des Kampfes anzubahnen, dessen Aussichtslosigkeit sich schon in den Ausbruchsversuchen des einen Partners ankündigte. Daß die Juliresolution nach außen nicht den starken Eindruck machte, lag in dem unseligen Wort des vorübergehenden Kanzlers Michaelis: „wie ich sie auffasse", in dem alle Hinterhältigkeit der damaligen deutschen Kriegspolitik zusammengefaßt lag. Und nach innen war die „erste starke Erschütterung des Glaubens in unsere Sache und des Willens zum Durchhalten" zu gleicher Zeit erfolgt durch den klaffenden Widerspruch zwischen den politischen Ergebnissen des U-Bootkrieges und den unwahren Statistiken des Dr. Helfferich, der dem Volke durch die U-Bootwaffe ein schnelles siegreiches Kriegsende prophezeit hatte, während es sich längst herausgestellt hatte, daß seine erste Prophezeiung von den bedrohlichen Folgen des rücksichtslosen U-Bootkrieges richtig und bereits eingetreten war.

Die Schwierigkeiten Wilsons in Amerika.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel,** 1. Juli.

Ueber die Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat schreibt heute die „Neue Korrespondenz": Die amerikanischen Korrespondenten hatten ein Interview mit Präsident Wilson, aus welchem hervorgeht, daß dieser auf eine vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages, sowie des Paktes der Liga der Nationen bestehen wird. Er ist bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung ist jedoch der Ansicht, daß die Mehrheit des Senats entschlossen ist, ernstliche Vorbehalte zu machen, bevor der Vertrag ratifiziert wird. Den Ansichten der Republikaner zufolge wird das Bestehen Wilsons auf eine Ratifizierung eine Wirkung haben, die dem Ziel, das er verfolgt, entgegengesetzt ist. Mehrere Senatoren, die zugunsten des Paktes der Liga der Nationen gestimmt hätten, wenn der Völkerbund vom Friedensvertrag getrennt worden wäre, stimmen dagegen, weil er in den Vertrag einbegriffen ist. Wieder andere Senatoren sind der Ueberlassung Schantungs an Japan feindlich gesinnt. Senator Lodge glaubt ernsthaft, daß die von Root formulierten Weigerungen durch eine genügend große Anzahl Stimmen sanktioniert werden. Die Anhänger Wilsons versichern ihrerseits, daß die durch den Präsidenten angekündigte Resolution, wonach kein Kompromiß gemacht werde, den besten Erfolg hätte. Senator Hitchcock ist der Ansicht, daß die Republikaner eine Mehrheit der Stimmen zugunsten der Aenderungen aufbringen können. Man ist allgemein der Ansicht, daß sich das Publikum an einer Diskussion über den Völkerbund zu interessieren beginnt, und wünscht, daß Amerika aus dem Kriege hervorgehe, ohne daß es mit den Geschäften der Alten Welt verknüpft ist. Der schwächste Punkt der Liga besteht darin, daß sie den zukünftigen Frieden nur unter der Bedingung eines Bündnisses zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten sichern könne. Es scheint, daß die Ansicht Raum gewinnt, wonach man Frankreich im Falle eines neuen Angriffes Beistand versprechen wolle, ohne daß jedoch

Amerika durch die Bestimmungen der Liga der Nationen weiterhin verpflichtet werde.

* * *

J. Frankfurt, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Newyork: Die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland wird immer dringender und allgemeiner gefordert. Die „Sun" sagt, diese Bewegung sei so stark, daß sie den Bundeskongreß zwingen werde, das gesetzliche Verbot des Handels mit dem Feinde schleunigst wieder aufzuheben. Allerdings werde der Präsident vielleicht ein Veto einlegen, um dadurch den Senat zur Ratifikation des Friedensvertrages zu zwingen.

Präsident Wilson ist entschieden gegen die Bestrebungen, durch einen besonderen Kongreßbeschluß den Krieg für beendet zu erklären. Er verlangt die Ratifikation des Versailler Vertrages durch den Senat ohne Aenderungen oder Zusätze oder Interpretationsklauseln, aber der Widerstand der republikanischen Partei gegen das Völkerbundsstatut ist weiter stärker geworden. Drei Senatoren haben sich in der noch fortdauernden Beratung für die Ablehnung erklärt, hinweisend, daß die besonderen Interessen durch einen Interpretationsvorbehalt geschützt werden müßten. Es wird aber vielfach erwartet, daß die bevorstehende Agitationsreise Wilsons durch die Vereinigten Staaten eine Stimmung schaffen werde, welche den Senat zum Nachgeben zwingen wird.

Die Ratifizierung durch die Verbandsstaaten.

Paris, 2. Juli. Nach dem „Journal" wird, um die Inkraftsetzung des Friedensvertrages zu beschleunigen, alsbald, nach dessen Ratifizierung durch Deutschland und durch die drei verbündeten Mächte jede dieser Mächte einen Delegierten bezeichnen, der an die in Paris befindliche Versammlung eine Erklärung einbringen wird, daß der Vertrag regelrecht bestätigt worden ist. Das Protokoll dieser Versammlung wird das unverzügliche Inkrafttreten des Vertrages bestimmen. Laut „Petit Journal" wird angenommen, daß die Ratifizierung in ungefähr 14 Tagen erfolgen wird.

Der Schutzvertrag für Frankreich.

S. Haag, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das neue Abkommen zwischen Frankreich, Amerika und England soll erst veröffentlicht werden, nachdem es dem Senat zur Genehmigung vorgelegt worden ist. Es wird bestätigt, daß der neue Dreibundsvertrag auch für England nur in Kraft treten würde, wenn der Senat ihn ratifiziert. Das Abkommen gibt Frankreich auch das Recht, die Hilfe Amerikas anzurufen, wenn Deutschland irgendeine der militärischen Bestimmungen des Vertrages verletzen sollte.

Die Erpressung des Schuldbekenntnisses.

S. Haag, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Interview, das der deutsche Ministerpräsident Bauer mit dem amerikanischen Korrespondenten Wigand hatte, erklärte ersterer, das Bekenntnis der alleinigen Schuld am Kriege sei Deutschland nur durch Zwang abgepreßt worden. Man habe ihm eine Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt: Bekenne! Fanatiker der nationalen Ehre hätten darauf geantwortet: Schieß los! Nur ein Individuum hätte so handeln können, nicht aber eine Regierung, die für 60 Millionen Menschen verantwortlich sei.

Die Abänderungen der Friedensbedingungen.

Die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen hat in einer Denkschrift die sämtlichen von der Entente infolge der deutschen Gegenvorschläge vorgenommenen Aenderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen zusammengestellt. Das Heft, das soeben bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Charlottenburg als fünfter Teil der im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen „Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen" erscheint, gewährt eine schnelle Uebersicht über alle Abänderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen.

Clemenceaus Verdienste um England.

Paris, 2. Juli. Aus der Sitzung des Sozialistenkongresses des Seinedepartements ist noch nachzutragen, daß mehrere Redner betonten, der Friedensvertrag diene nur Englands Macht. U. a. wurde die Forderung auf Abgabe von 5000 Milchkühen durch Deutschland beanstandet und eine grundsätzliche Erörterung des Vertrages in der Partei verlangt.

Bern, 1. Juli. „Journal du Peuple" sagt: Der englische Imperialismus gehe allmächtig aus dem Friedensvertrage hervor. Der Sieg sei ein Verdienst Clemenceaus, der sich einen englischen Verdienstorden verdient habe.

Das nationale Kriegszielprogramm Italiens.

te. Lugano, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die öffentliche Meinung Italiens, die den Friedensschluß zwischen den Verbandsmächten und Deutschland mit vollendeter Teilnahmlosigkeit aufgenommen hat, bleibt durchaus auf das nationale Kriegszielprogramm Italiens eingestellt. Italien wird, so erklärt ein Leitartikel der „Tribuna", sein Verhalten gegenüber den Verbündeten nach der Art einrichten, wie diese Italien behilflich sein werden, aus seiner unheilvollen Lage herauszukommen, und sich auf kein Hinauszögern der Entscheidung seiner eigenen Angelegenheiten einlassen.

Die geheime Verstimmung gegenüber den Westmächten, die aus derartigen Aeußerungen spricht und die tatsächlich in weiten Kreisen des italienischen Volkes durchaus die vorherrschende ist, nützen begreiflicherweise die Gegner der italienischen Kriegsziele, deren Aussichten durch das Zustandekommen des Kabinetts Nitti zweifellos gewachsen sind, nach Möglichkeit aus, um ihre Stellung weiter zu befestigen. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht ein überaus heftiger Artikel des Direktors der „Stampa", Frassati, gegen den Versailler Vertrag, der die despotische Vorherrschaft Englands und Frankreichs über die ganze Welt aufrichte. Nicht ein einziges der großen europäischen Probleme sei wirklich gelöst worden. Die Völker zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer seien nach rein machtpolitischer Zweckmäßigkeit rücksichtslos zerschnitten worden, wo doch nur eine Vereinigung aller Staaten Europas, das heißt, die sofortige Gleichstellung Deutschlands und Rußlands mit den übrigen Mächten, Europa hätte retten können. Der Vertrag von Brest-Litowsk sei wenigstens offenherzig gewesen, der von Versailles aber lasse unter dem dünnen demokratischen Firnis die Heuchelei des Räubers klar erkennen. Den Kampf, den man angeblich gegen Hohenzollern und Habsburger führte, sei jedoch zu einem Feldzug gegen die Freiheit der Völker geworden; aber die Völker werden den Vertrag zerreißen und ihn auf Erztafeln erneuern, die aus den Kanonen der Besiegten und Sieger gemeinsam gegossen sein werden.

Aufnahme der Clemenceau'schen Rede.

⊙ Paris, 1. Juli. Clemenceaus Rede wurde von der Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen und hat die Linke unbefriedigt gelassen, weil die Versprechungen des Ministerpräsidenten in bezug auf die Amnestie und der Demobilmachung zu unbestimmt gehalten waren.

Die Freigabe der dänischen Schiffahrt.

V. Kopenhagen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Sitzung im dänischen Ministerium wurde in Anwesenheit verschiedener Minister und hervorragender Reeder über die Befreiung der Schiffahrt von verschiedenen während der Kriegszeit notwendig gewordenen Einschränkungen verhandelt. Auch von seiten der Minister wurde die von den Reedern beantragte Auflösung des sogenannten Frachtenamtes befürwortet, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Frachten für Kohlen, Futtermittel und Rohwaren zur Margarinefabrikation herabgesetzt werden. Zur Lösung der auf der Sitzung angeschnittenen Fragen wird in nächster Zeit ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden. Die völlige Freigabe der Schiffahrt wird dann vermutlich nur eine Frage von Tagen oder Wochen sein.

Die Ausländerverkehrsfrage im Unterhaus.

London, 1. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Sir H. P. Harris fragte, ob die Regierung mit Rücksicht auf den zu erwartenden Strom von ausländischen Handelsreisenden für derartige Vertreter ein System von Lizenzen einführen werde, in dem zwischen verbündeten, neutralen und vor kurzem noch feindlichen Ländern ein Unterschied gemacht wird. Shortt antwortete, er beabsichtige nicht, diesen Vorschlag auszuführen. Mit Hilfe der Verordnung zur Beschränkung des Ausländerverkehrs würden ausreichende Schritte unternommen, um alle Ausländer auszuschließen, die nicht imstande seien, ausreichende Gründe für den Besuch Englands anzugeben. Von dem gemachten Vorschlag, der eine komplizierte Maschinerie erfordern würde, könne er sich keine befriedigenden Ergebnisse versprechen.

Ein Aufruf an die ungarische Rote Armee.

Budapest, 30. Juni. Nach einer Meldung des Ungar. Telegr.-Bureaus veröffentlicht die Räteregierung einen Aufruf an alle Soldaten der Roten Armee, worin gesagt wird, die Interessen des proletarischen Vaterlandes machten es notwendig, nicht weiter vorwärts zu gehen, sondern einen Teil der in ruhmvollen Schlachten eroberten Gebiete zu verlassen und sich auf ein anderes Gebiet zu begeben, das gegenwärtig die räuberischen Truppen der rumänischen Bojaren besetzt hielten. Man weiche nicht zurück vor den tschechoslowakischen Imperialisten. Man habe es zu tun mit der gesamten Macht der französischen, englischen und amerikanischen Geldkönige, die ihren großen Sieg ausnützten. Die Truppen würden zurückgezogen, um das proletarische Vaterland retten zu können. Man ziehe sich zurück an die Grenze, die die sich in die Welt teilenden Räuber bezeichnet hätten. Trotzdem sei der Kampf nicht vergeblich gewesen, denn an Stelle der von den Tschechoslowaken besetzten Gebiete erhalte das proletarische Vaterland das viel fruchtbarere kernungarische und an Bodenfläche größere Gebiet jenseits der Theiß, von wo die räuberischen Horden der rumänischen Bojaren auf Befehl des Verbandes hinaus müßten.

Bela Khun fühlt sich sicher.

V. Kopenhagen, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berliner Korrespondent der „Berlingske Tidende" berichtet seinem Blatte über eine Unterredung, die er vor wenigen Tagen mit dem ungarischen Volkskommissar Bela Khun gehabt hat. Diesem Bericht zufolge erklärte Khun, daß der Standpunkt der ungarischen Räterepublik einer Einladung zu einer Friedenskonferenz gegenüber durch die Friedensliebe der Regierung von vornherein gegeben sei. Ungarn würde mit höchster Genugtuung eine Friedenskonferenz beschicken. Was die territorialen Angelegenheiten betreffe, besonders die Slowakei und Siebenbürgen, so müsse er hervorheben, daß die ungarische Republik keine Forderungen nach territorialer Integrität erhebe. Ihre Politik sei nicht durch die Interessen der oder jener Nationalität bestimmt, sondern werde von den Interessen aller arbeitenden Menschen geleitet. Die slowakische Republik sei in jeder Hinsicht selbständig und die ungarische Republik habe nicht die Absicht, sich in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen. Auch die Tschechen müßten deshalb mit diesem neuen Faktor rechnen. In Transsylvanien müßten die Rumänen die bedeutende nichtrumänische Minderheit achten. Die militärische Lage bezeichnete er als „ausgezeichnet". An der Nordfront ist Waffenstillstand und an den anderen Grenzen herrscht Ruhe. Wir wünschen Frieden, aber wir können es nicht dulden, daß man sich von auswärts in unsere inneren Angelegenheiten mischt. Die innerpolitische Lage erklärte der Kommissar für gesichert. Das Schicksal des letzten Putsches habe es bewiesen. Man sei in wenigen Stunden mit ihm fertig geworden.

Das Blutbad in Budapest.

Wien, 2. Juli. Reisende aus Ungarn berichten, daß bei der Niederwerfung des letzten Putsches in Budapest nicht nur Soldaten und Zivilisten, sondern auch halbwüchsige Knaben haufenweise erschossen worden sind. Es waren dies die Zöglinge der Ludovica-Akademie, die sich an der Besetzung der Telephonzentrale beteiligt hatten, vierzehn- oder fünfzehnjährige Knaben, die kaum wußten, um was es sich handelte, die machten den Putsch vor allem deshalb mit, weil man sie in der Militärakademie hatte hungern lassen.

Die Ukraine ein Teil der russischen Gesamtfront.

V. Basel, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Agence Centrale gibt ein Moskauer Telegramm vom 26. Juli wieder, wonach die in Kiew abgehaltene Sitzung der Zentralrada folgendes beschlossen hat: Die besondere Organisation der ukrainischen Front wird aufgehoben, so daß diese nunmehr einen Teil der Gesamtfront der Sowjetrepublik bildet unter Oberbefehl des Generals Antonow.

Der Vatikan und Litauen.

Von unserem vatikanischen Mitarbeiter.

Auf die Audienz der litauischen Delegation, die am 23. Mai unter Führung von Alfred Graf Tyszkiewicz und des Geistlichen Dr. Anton Viscont stattfand und in welcher diese vom Papste die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit verlangte, traf ein Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri ein. Darin wird u. a. besonders hervorgehoben: „Der Heilige Stuhl wird nicht verfehlen, Litauen in Verfolgung seiner gerechten und legitimen Ansprüche (auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Wahrung seiner religiösen Interessen) zu unterstützen."

Diese Audienz wie dieses Schreiben bestätigen den sich immer mehr vertiefenden Gegensatz zwischen Litauen und Polen. Die Litauer wollen von einer Vereinigung mit Polen nichts wissen, dessen Herrschaft die Litauer ihre jahrhundertlange Unterdrückung verdanken. Diese Leiden der Litauer unter der polnischen Wirtschaft schildert an der Hand historischer Belege eben dieser bekannte in der Schweiz lebende litauische Schriftsteller Dr. Viscont in seiner in französischer Sprache erschienenen „Kleinen Geschichte von Litauen". Leider kam die angeregte Uebersetzung dieses Buches ins Deutsche nicht zur Ausführung.

Das neue portugiesische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Präsident und Inneres: Sa Chardoso, Justiz: Lopez Chardoso, Finanzen: Rego Chaves, Krieg: Dominico Perez, Marine: Cunha, Unterricht und öffentliche Arbeiten: Oliveira, Handel: Ernesto Novarro, Landwirtschaft: Lima Alvez.

Uebergabe deutscher Schiffe. Aus Amsterdam wird uns telegraphiert: Vorgestern abend sind die restlichen Schiffe der deutschen Flotte, die sich noch in Hellewoetsluis befanden nach Hansweert gebracht worden. Sie werden von englischen Schleppern nach Antwerpen geschleppt werden. Die deutschen Besatzungen sind gestern nach Deutschland zurückgekehrt.

Abfahrt des Luftschiffs R 34 nach Amerika. Reuter meldet aus London: Das Luftschiff R 34 ist um 1.48 Uhr Greenwicher Zeit von Schottland nach Amerika abgefahren.

Zwischenfälle beim Truppeneinmarsch in Hamburg.

(Drahtmeldung.)

Hamburg, 2. Juli.

Aus dem Hauptquartier Lettow-Vorbeck wird uns mitgeteilt:

Der Einmarsch der Reichswehrtruppen ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur einige bedauerliche Zwischenfälle zeigen, daß ein Teil der Bevölkerung den Ernst der ergangenen Warnungen noch nicht überall richtig eingeschätzt hat. Beim Einmarsch in Altona wurde auf die 1. Kompagnie des bayerischen Schützenregiments aus den Fenstern geschossen. Trotz mehrfacher Zurufe und Aufforderungen, von den Fenstern zurückzutreten und die Läden zu schließen, blieben einige Fenster offen. Da das Feuer nicht aufhörte, wurden auf die offenen Fenster einige Schüsse abgegeben, hierdurch wurde eine Frau durch Bauchschuß und ein Kind durch Schenkelschuß verwundet. Dem Einmarsch des Freikorps Schleswig-Holstein widersetzte sich bereits am Müllerntor eine größere Volksmenge. Um sie zu vertreiben, wurde eine Handgranate vor die Menge geworfen, die den gewünschten Erfolg hatte, ohne jedoch jemand zu verletzen. Am Schulterblatt stellte sich wiederum eine größere Menschenmenge entgegen. Der Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde nicht nachgekommen. Ein Mann rief höhnisch aus: Ihr schießt ja doch nicht! Darauf legte ein Soldat auf Befehl auf die Beine des Betreffenden an und gab Feuer. Durch diesen Schuß blieb der Mann und noch ein zweiter liegen. Die Art der Verletzung ist nicht bekannt, da beide sofort durch die Polizei ins Krankenhaus gebracht wurden. Um 5 Uhr nachmittags wurde in das Stabsquartier des Regiments Schelle in der Schanzenstraße vom gegenüberliegenden Hause hineingeschossen. Die Straße wurde gegen jeden Verkehr abgesperrt und nach Waffen durchsucht. Eine große Menschenmasse sammelte sich an, die der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nachkam. Es wurde von der Waffe Gebrauch gemacht und ein Zivilist durch Fleischschuß am Oberschenkel verwundet. In allen diesen Fällen trägt die Truppe keine Schuld. Die bedauerlichen Vorfälle werden hoffentlich dazu beitragen, daß die Bevölkerung die rechtlich ergangene Warnung beachtet und sich ihres Ernstes bewußt wird.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

W. Weimar, 2. Juli.

Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung der Nationalversammlung stehen verschiedene Interpellationen, die für die Oeffentlichkeit ein größeres Interesse haben dürften. Die Beratung der Interpellation Arnstadt und Genossen betreffend Beamtenfragen wird Gelegenheit geben, die Notlage der Beamten eingehend zu erörtern. Ein noch weiter gehendes Interesse wird die ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Interpellation Arnstadt und Genossen beanspruchen, deren Beratung Klarheit darüber bringen soll, ob die Reichsregierung die von dem Reichswirtschaftsministerium angefertigte Denkschrift über die Planwirtschaft sich zu eigen machen will oder nicht. Bei der Besprechung dieser Interpellation werden die Meinungen erheblich auseinandergehen, da die Rechtsparteien und die Demokratische Partei Gegner des Planes sind, die gebundene Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht (Planwirtschaft) zu verewigen. Ob die augenblicklichen Mehrheitsparteien (Mehrheitssozialisten und Zentrum) sich geschlossen für die Planwirtschaft einsetzen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Es ist aber anzunehmen, daß beide Parteien eine Verständigung erstreben werden. Auch die übrigen Interpellationen über die Revolutionsschäden, die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger haben für die beteiligten Kreise nicht geringe Bedeutung. Aber es ist mehr als fraglich, ob auch nur eine der fünf Interpellationen zur Beratung kommen wird. Die Reichsregierung wird sich voraussichtlich zur Beantwortung bereit erklären, und dann wird die Absetzung von der Tagesordnung erfolgen, so daß als Hauptberatungsgegenstand mit der Verfassung begonnen werden kann. Zu Beginn der Verfassungsberatung wird der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Abg. Haußmann, zunächst einen Ueberblick über den Verlauf der Ausschußverhandlungen geben und Abg. Kahl dann über den ersten Hauptteil Bericht erstatten. Für die Fraktionsredner wird, wie wir schon berichteten, die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt, mit Ausnahme des deutschnationalen Abg. Delbrück, dem als Redner der Opposition 40 bis 45 Minuten zugebilligt werden.

Deutsche Wissenschaft im Kriege.

Ergebnisse der Stötznerschen Setschwan- und Tibetexpedition.

Unser Dresdner Mitarbeiter hatte eine Unterredung mit dem Leiter der Expedition Walther Stötzner und den beiden Teilnehmern Dr. Israel und Dr. Weigold, deren Niederschlag wir hiermit veröffentlichen.

Im Rahmen eines kurzen Zeitungsaufsatzes kann die wissenschaftliche Ausbeute einer großen Expedition natürlich nur angedeutet werden, und diese Ausbeute ist trotz dem frühzeitigen Abbruch der Expedition doch außerordentlich reich ausgefallen. Ganz überraschend kam schon ziemlich bald nach ihrem Beginn in die abgeschlossene Welt des Forschungsgebietes die Kunde vom Ausbruch des Weltkrieges, in dessen weiterem Verlauf dann die Arbeit abgebrochen werden mußte. Indessen, sie ermangelt eines Abschlusses nicht, da das völkerkundlich abgeschlossene Gebiet Sche-La-Tusse (das Gebiet der 18 Fürstentümer) nach allen Seiten gründlich erforscht ist. (Dieses Gebiet liegt zwischen dem 100.—103. Grad östl. Länge und wird vom 30. Grad nördl. Breite mitten durchschnitten.) Es ist geographisch, völkerkundlich, zoologisch, botanisch usw. fest umrissen, so daß es nunmehr eingegliedert werden kann. Der Wert der Expedition wird dadurch erhöht, daß ihr namhafte Vertreter aller Zweige der Wissenschaft angehörten.

Im folgenden sollen die Ergebnisse von drei Forschungsgebieten, die die Arbeit der drei obengenannten Herren umfaßt, kurz geschildert werden. Walther Stötzner oblag es, das Land ethnographisch und ethnologisch zu durchforschen. Er hat außer einem reichen Tagebuchmaterial eine umfassende Sammlung zusammengetragen, wodurch seine Ausführungen die wissenschaftliche Beweiskraft erhalten. Die Sammlung umfaßt Hausgeräte, Bekleidungsstücke, Waffen, Schmuckstücke, gottesdienstliche Gewänder und sakrale Gegenstände, Webereien, keramische Erzeugnisse, Bücher, Eingeborenenschriften, Malereien, ein reiches photographisches Bildermaterial, kunstgewerbliche Arbeiten usw. Ferner enthält die Sammlung von den Bodenschätzen Gold und Marienglas, Moschus, Arzeneien, Felle, Hirschgeweihe und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Endlich hat Stötzner eine ausreichende Menge Sprachproben gesammelt und gründliche Erhebungen über Bevölkerungsdichte und -zuwachs, Religionsbekenntnisse und das Sektenwesen veranstaltet. Im Verlaufe der Forschungsreise haben sich auch die Grenzen der 18 Fürstentümer feststellen lassen. Politisch gehört das Gebiet teils zur Hierarchie von Lhassa, ist teils von China abhängig und zum Teil frei und selbständig.

Die Expedition hat den Fehler anderer Unternehmungen, geographische Feststellungen sozusagen nebenamtlich vornehmen zu lassen, vermieden und besonderen Wert auf präzise und gewissenhafte geographische Ergebnisse gelegt. Diese Arbeit oblag Dr. Israel, Assistent des geodätischen Instituts der technischen Hochschule zu Dresden. Die Untersuchungen haben ergeben, daß das Gebiet der 18 Fürstentümer in orographischer und klimatischer Beziehung ein Uebergangsgebiet zwischen China und Hochtibet ist. Orographisch vollzieht sich dieser Uebergang in drei großen Gebirgsketten mit einer Kammhöhe von 3000, 5000 und 6000 m, aus der gewaltige Gipfel emporragen. In einer Woche sind vier Pässe in einer Höhe von 4000 m überschritten worden. Die Expedition hat dieses Gebirge als Sifangebirge bezeichnet. Klimatisch muß es als Uebergangsgebiet bezeichnet werden. Während China im Bereich der Monsune liegt und deshalb sehr fruchtbar ist, gehört jenes Gebiet zu den trockenen Steppen Innerasiens und hat typisches Landklima. Den Umfang des erforschten Gebietes vermögen vielleicht einige Zahlen zu veranschaulichen. Es wurden zurückgelegt: zu Fuß 2800 km (entspricht ungefähr der gesamten Länge der Elbe und Weichsel), zu Pferde 2850 km (ungefähre Länge der Donau von der Quelle bis zur Mündung), und auf Flüssen 1750 km. Im ganzen hat also die Expedition ungefähr 6900 km absolviert, ein Weg, der etwa der Entfernung von Rotterdam bis New York entspricht. Bei diesen Bestimmungen handelt es sich natürlich nur um das Expeditionsgebiet, doppelt und mehrfach zurückgelegte Wege sind nicht angerechnet. Die Expedition hat wesentliche Fehler älterer Berechnungen gefunden, nämlich Höhenunterschiede bis 2600 m und Längenunterschiede bis ½ Grad (50 km).

Die zoologische Durchforschung des Sifangebietes hat Dr. Weigold geleitet. In zoologischer Beziehung ist das Gebiet eines der interessantesten von ganz Asien. Dort stoßen verschiedene Faunengebiete zusammen, nämlich das indische, süd- und nordchinesische und hochtibetische. Zwischen diesen liegt dann das Sifangebiet mit eigener Fauna und Flora, sodaß es als eines der zoologisch reichsten auf der Welt angesprochen werden muß. Von den Großtieren interessieren besonders der schwarzweiße Bambusbär und die sehr seltene, rindergroße Gnugemse. Der wissenschaftlichen Bearbeitung harrt ein reiches Material von 400 Säugetieren und 3200 Vogelbälgen. In diesem Zusammenhang möge auch die Sammelausbeute von ungefähr 100 000 Käfern und Schmetterlingen erwähnt werden, die ein Verdienst des Expeditionsentomologen E. Funke ist. Noch wichtiger als die Sammlungen ist zweifellos das Beobachtungsmaterial, da besonderer Wert auf biologische Studien gelegt worden ist. Eingehende Forschungen über die Verbreitung der Tiere, ihre Abhängigkeit von Vegetation und Klima wurden angestellt, so daß sehr wichtige Ergebnisse für die Tiergeographie erwartet werden dürfen. Von China bis zu den hochtibetischen Steppen, von der Provinz Kansu bis an die Grenze Indiens ist das Gebiet tiergeographisch aufgeklärt. Neben diesen rein wissenschaftlichen Studien sind aber auch die mehr praktischen, nämlich die wirtschaftlichen und handelspolitischen Forschungen, die in der Hand von Fritz Sachs lagen, nicht zu kurz gekommen. Auch hierüber ist ein reiches Beweismaterial gesammelt.

Das ganze Material freilich hat in China zurückbleiben müssen. Es ist mit vieler Mühe und List gelungen, einen sicheren Aufbewahrungsort zu finden, so daß man es unversehrt wird heimschaffen können, wenn die Verhältnisse es gestatten. Dann erst kann die Sichtung und Bearbeitung des umfangreichen Materials beginnen. Die wenigen Angaben aber lassen klar erkennen, welch tüchtige deutsche Forscherarbeit geleistet worden ist, die nicht glänzt mit Riesengebieten, aber Gründliches und Dauerhaftes für die Nachwelt geschaffen hat.

Bruno Sydow.

In der Gesellschaft für Erdkunde wird am 5. Juli 1919, 7 Uhr abends, im Meistersaal, Köthenerstr. 38, der bekannte Afrikaforscher Professor Jäger einen Vortrag über fünf Kriegs- und Forschungsjahre in Deutsch-Südwestafrika halten. Professor Jäger, dessen ausgedehnte Forschungen im Hochlande der Riesenkrater Deutsch-Ostafrikas rühmlichst bekannt sind, trat 1914 eine Forschungsreise nach Deutsch-Südwestafrika an, um vornehmlich die Gebiete der Etoschapfanne und des Kaokofeldes zu erforschen. Durch den Ausbruch des Krieges konnte er seine Arbeiten allerdings nicht planmäßig durchführen, da er von Oktober 1914 bis Juli 1915 mit der Waffe in der Hand an der Verteidigung der Kolonien mitwirkte. In der Folgezeit aber war es ihm doch möglich, ausgedehnte Gebiete des Schutzgebietes kennen zu lernen, so daß er von vielen Regionen völlig neue und wissenschaftlich ausgereifte Anschauungen mitgebracht hat.

Vom wissenschaftlichen Aufbau der Pädagogik. Der fesselnde Vortrag des Dr. Victor Henry am 26. Juni in der Kantgesellschaft über die Grundlinien zur Philosophie der Pädagogik und Didaktik bewies durch den großen Kreis der Erschienenen, welchem Interesse die allgemeinen Erziehungsfragen begegnen. Es war ein glücklicher Gedanke in dieser Zeit der Hochflut pädagogischer Reformgedanken eine Untersuchung über das a priori aller Pädagogik einem interessierten Publikum vorzutragen. Dr. Henry stellte sich im Sinne des Königsberger Philosophen die Frage: Wie ist Pädagogik und Didaktik als Wissenschaft möglich? Die Entwicklung der Grundbegriffe und Prinzipien in der systematischen Einheit ihrer Erkenntnis zeigt dann den wissenschaftlichen Charakter der Pädagogik. Ihr a priori ist die Tendenz zur wissenschaftlichen Formulierung und systematischen Darstellung, wie sie der Struktur unseres Geistes eigentümlich ist. Aller Unterricht ist Pflege dieser Tendenz zur Wissenschaft, und damit tritt Bildung in Gegensatz zur Dressur. Wie jede Wissenschaft notwendig ihrem Wesen nach Belehrung und Bildung ist, so auch umgekehrt. Die Erkenntnis, wie ein Wissen formal am besten dargestellt wird, ist selbst eine Vertiefung des Wissens. In Konsequenz dieses a priori, das der Vortragende so aussprach: „Die Form des Unterrichts muß materialbereichernd sein", ergab sich ein pädagogischer formaler und wissenschaftlicher Idealismus, und als Weg zu diesem Ziele die heuristische Methode. — Dr. Henry hatte nur die Absicht, das a priori aller Intellektentwicklung zu geben, und hielt selbst eine entsprechende Untersuchung für die ethische und ästhetische Seite unseres Geistes für erwünscht. Die lebhafte Diskussion dürfte bei allen Zuhörern den Gedankengang des Vortragenden noch tiefer zum Verständnis gebracht haben.

Streiks.

Von
Richard Riess.

Diese verfluchte Streik-Epidemie! Nun waren auch meine schriftstellerischen Ideen in den Ausstand getreten. Sie verlangten den Achtminuten-Arbeitstag und eine Zeilen-Mindest-Garantie, und darauf konnte ich mich im Hinblick auf die Papierknappheit nicht einlassen. Und da wagten meine Einfälle Ausfälle, bis sie schließlich in den Ausstand traten. Das lag ja so in der Zeit. Wir hatten gerade den Generalstreik der Münchener Räterepublik, und Nichtstun steckt an. Da saß ich nun tagelang am Schreibtisch, kaute an der Schreibmaschine, dichtete und dichtete und — es fiel mir nichts ein. So wenig fiel mir ein, daß ich ganze Operettentexte und dreiaktige Lustspiele hätte schreiben können! Ja, ja, dieser Streik demoralisierte die Menschen! Ich habe zwölf Zeitungen abonniert: Die Druckereien streikten und so — bekam ich die hiesigen Blätter nicht. Die Post streikte — und man vorenthielt mir auch die auswärtigen. Ich war Trambahnabonnent, aber fahren Sie mal Trambahn, wenn alle „Räder still stehen". Ich hatte mich vorsorglich auf dreißig Mittagessen abonniert und sie im voraus bezahlt aber — die Schleichhändler streikten und so gab es bei meiner Pensionsmutter nichts als „Dorschen" (anderswo „Kohlrüben" genannt, ohne dadurch an Wohlgeschmack zu gewinnen). Seit neuestem streikte nun auch mein Magen. Ich eilte deshalb zur Pensionsmutter und beschwerte mich: „Alles streikt! Nun ... streike ich auch!" sagte ich.

„Was", schrie da jemand. „Er streikt? Der Burschoa?" Irgendein Intellektueller mit der roten Binde stand vor mir und sagte:

„Sö san a ganz gfärlicher Gegenrevolutionär ... Sö san verhaftet."

Daß ich nach diesen Worten nicht in Schweiß gebadet erwachte, das lag nur daran, daß ich die Geschichte ja nicht geträumt habe. Auch nicht erlebt. Sondern ...

.. sondern nur eben geschrieben, um meine „Ideen" zu ärgern, die denken, ich würde brotlos, weil sie streikten! Ausgerechnet!!

.. als ob ein Schriftsteller heutzutage Ideen brauchte ..

Die Oeffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25, ist im Jahre 1918 von 52153 Lesern aufgesucht worden. Die Gesamtausleihe, die im Jahre 1917 43 667 Bücher betragen hatte, stieg 1918 auf 52 592 Bände. Selbst die Tage der Novemberumwälzung brachten keine Stockung. Das Lesebedürfnis ist in der ganzen Zeit stark geblieben. Trotz einiger dankenswerten größeren Spenden bittet der Lokalausschuß um Zusendung größerer Mittel, um das so deutlich hervorgetretene Bedürfnis nach guten Büchern noch besser befriedigen zu können. Beiträge werden an den Schatzmeister Dir. Paul Jaffé, Charlottenburg, [illegible]str. 64, Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 57 356 erbeten.

Der Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes.

Der Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes sieht eine im Interesse der Reichsfinanzen notwendige Erhöhung der Steuer auf Zündwaren vor sowie eine Heranziehung der Feuerzeuge zur Besteuerung. Die Zündwarensteuer für Zündhölzer und Zündkerzchen soll betragen:

1) für Zündhölzer und Zündspänchen, ferner für Zündstäbchen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen
   a. in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 2 ₰ und mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück 3 ₰ für jede Schachtel oder jedes Behältnis,
   b. in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 3 ₰ für 60 Stück oder einen Bruchteil davon;
2) für Zündkerzchen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen
   a. in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzen, 10 ₰ für jede Schachtel oder jedes Behältnis,
   b. in größeren Packungen für je 20 Zündkerzchen oder einen Bruchteil davon 10 ₰.

Ebenso wie nach dem gegenwärtig gültigen Zündwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 soll der jeweils höhere Steuersatz, also unter 1a 3 ₰ statt 2 ₰, unter 1b 6 ₰ statt 3 ₰ usw., erst eintreten, wenn die angegebenen Stückzahlen um mehr als 10 vom Hundert überschritten werden.

Die neuen Steuersätze bedeuten eine Verdoppelung der bisherigen Zündwarensteuer, durch die sich die Steuer, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, wenn man den Durchschnitt der Rechnungsjahre 1912 und 1913 zugrunde legt, von 0,34 auf 0,68 M erhöhen kann, während z. B. in Frankreich der Ertrag aus dem Zündwarenmonopol schon vor dem Kriege über 0,80 Frank auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte. Eine unerträgliche Belastung stellt die Zündwarensteuer, so wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, mithin nicht dar. Bei der Erhöhung der Steuer ist überdies in Betracht zu ziehen, daß sich die Bevölkerung in Kriegszeiten mit weit höheren Preisen abgefunden hat, als sie, wenn man von der Uebergangszeit absieht, für die Friedenszeit zu erhoffen sind.

Eine Begrenzung der Zündholzerzeugung muß, insbesondere zum Schutze der kleinen Fabriken, auch in der Folge erstrebt werden. In der Zeit bis zum 1. Oktober 1924 soll infolgedessen eine Erhöhung der Zündwarensteuer um 10 v. H. für solche Zündhölzer und Zündkerzchen eintreten, die in erst nach dem 30. September 1914 betriebsfähig gewordenen Fabriken hergestellt sind. Ausnahmen kann der Staatenausschuß zugunsten derjenigen vor dem 1. Oktober ins Leben getretenen Fabriken zulassen, die bisher noch keine Zündhölzer, dagegen sowohl Zündholzdraht, als auch Zündholzschachteln herstellen und zur Erzeugung steuerpflichtiger Zündhölzer übergehen oder übergegangen sind. Die Draht- und Schachtelfabriken haben nämlich einen wesentlichen Teil der Zündwarenherstellung bereits jetzt betrieben und können mit geringen Kosten die Zündhölzerherstellung selbst aufnehmen. Sie haben die Vorschriften des bisherigen Gesetzes, wonach sie von der Herstellung steuerbegünstigter Zündhölzer ausgeschlossen waren, schwer empfunden und wiederholt um Abhilfe gebeten. Diesem Ersuchen trägt der Gesetzentwurf Rechnung.

Für derartige vom Staatenausschuß neu zugelassene Zündholzfabriken sowie allgemein für die vor dem 1. Oktober 1914 in Betrieb gewesenen Zündhölzer- und Zündkerzchenfabriken ist die steuerbegünstigte Erzeugung durch eine aus dem § 3 des Entwurfes ersichtliche vereinfachte Neukontingentierung begrenzt. Dabei ist zu bemerken, daß der vorgesehene Steuerzuschlag von 10 v. H. für die Erzeugung neuer Fabriken oder für die Kontingentsüberschreitung alter Fabriken infolge der Verdoppelung der Steuer dem gegenwärtig gültigen Strafsatz von 20 v. H. entspricht. Die Neufestsetzung der Kontingente soll unabhängig von dem Inkrafttreten der sonstigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes am 1. Oktober 1919, d. h. dem Termin, bis zu dem die bisherige Kontingentierung läuft, in Kraft treten.

Neben den Zündhölzern und Zündkerzchen sollen in der Folge auch Feuerzeuge für Anzündezwecke, selbst wenn sie, um gebrauchsfertig zu werden, mit Zündmetall, Docht oder ähnlichen Teilen versehen werden müssen, zur Steuer herangezogen werden, sowie ferner Zündsteine und Zündschienen aus Zereisen oder anderem Zündmetall.

Die Feuerzeugsteuer ist zum Schutze der Zündholzindustrie und des Ertrags der Zündwarensteuer unentbehrlich. Schon vor dem Kriege haben die Zündholzfabriken über das starke Anwachsen der Feuerzeugindustrie geklagt, die infolge ihrer durch Steuerfreiheit gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit die Zündholzindustrie zu ersticken drohte. In der Tat ließ sich eine ganz außerordentliche Steigerung des Gebrauchs von Feuerzeugen in der Bevölkerung wahrnehmen. Wenn die Verhältnisse sich im Kriege für die Zündholzfabriken günstiger stellten, so liegt das nicht zum wenigsten daran, daß es am Material für die Herstellung und Instandhaltung der Feuerzeuge immer mehr fehlte und daß auch die Fabriken wohl in der Kriegsindustrie lohnendere Beschäftigung fanden. Nach dem Kriege würde die Feuerzeugindustrie ohne steuerliche Belastung die durch die Steuererhöhung doppelt geschwächte Zündholzindustrie wohl völlig lahmlegen. Aus den gleichen Gesichtspunkten heraus ist übrigens fast in allen Staaten Europas mit oder nach der Einführung der Zündholzsteuer oder des Monopols eine Feuerzeugsteuer eingeführt worden.

Kann demnach von einer Besteuerung der Feuerzeuge nicht abgesehen werden, so kann doch für die Höhe der Belastung die Zündfähigkeit nicht ausschlaggebend sein. Die Zündfähigkeit ist nicht festzustellen; sie ist überdies meist so hoch, daß eine Belastung in der für die Zündhölzer vorgesehenen Höhe den Absatz von Feuerzeugen unmöglich machen würde. Es ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Feuerzeuge in minderbemittelten, weniger leistungsfähigen Kreisen sehr verbreitet sind und deshalb besonders schonender Behandlung bei der Steuerfestsetzung bedürfen. Endlich war auch darauf zu achten, daß der Gebrauch der Feuerzeuge eine zwar seltenere, aber im Einzelfalle nicht immer unbeträchtliche Ausgabe verursacht, der Absatz der Feuerzeuge also gegenüber dem Absatz der Zündhölzer erschwert ist. Aus diesen Gründen ist auf einen Steuersatz von 1,50 M bei Feuerzeugen mit Zündvorrichtungen aus Zereisen oder anderem Zündmetall, von 3 M für sonstige Feuerzeuge gegriffen worden. Dazu kommt der Steuersatz für Zündsteine und Zündschienen von 50 ₰ für 1 Gramm Zündmetall, eine Belastung, die die Zündfähigkeit eines brauchbaren Feuerzeuges gegenüber den Zündhölzern auch nicht annähernd deckt.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Zündwarensteuer liegt für die im Inlande hergestellten Zündwaren dem Hersteller ob, für die vom Auslande eingeführten dem Einbringer. Der Zoll für die vom Auslande eingeführten Zündhölzer, Zündspänchen, Zündstäbchen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen soll von 30 auf 50 M und der Zoll für Zündkerzchen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen von 10 auf 60 M für 1 dz erhöht werden. Für Zündwaren, die sich am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes bereits im Verkehr befinden, ist eine Nachversteuerung bzw. Nachverzollung vorgesehen.

Der Rückgang im Verbrauche von Zündhölzern wird bei einer Verdoppelung der bisherigen Steuer kaum mehr als 5 v. H. betragen, so daß man mit einem Ergebnis der Steuer von 41 500 000 M rechnen kann. Der Absatz von Feuerzeugen wird rege bleiben, zunächst sogar — weil die Versorgung in letzter Zeit sehr gering gewesen sein wird — ganz erheblich sein, so daß man auf einen jährlichen Absatz von über 3 Millionen Stück im Steuerwerte von etwa 5 000 000 M wird rechnen können, wozu etwa 6 000 000 M Steuer auf das Zündmetall kommt. Nach vorsichtiger Schätzung wird man mithin den Gesamtertrag mit etwa 50 000 000 M im Jahre ansetzen können, gegenüber einem bisherigen Ergebnis der Zündwarensteuer von etwa 22 000 000 M.

Die Bewegung in Hannover.

Von unterrichteter parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Die Bestrebungen auf Schaffung eines selbständigen niedersächsischen Staates scheinen zurzeit an Kraft eingebüßt zu haben. Es ist damit nicht gesagt, daß sie endgültig erledigt wären. Eine weitere Linksorientierung der preußischen Regierung würde ganz zweifellos bei dem überwiegend bäuerlichen Charakter der Hannoverschen Bevölkerung der Bewegung neuen Wind in die Segel blasen. Vielfach ist behauptet worden, die Führer hätten eine Beteiligung des Auslandes zu erreichen versucht. Das scheint indessen nicht der Fall zu sein. Durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die Bewegung, deren Urgrund im Unsicherheitsgefühl über die neue Zukunft liegt, erfreulicherweise einen Stoß erlitten. Es ist charakteristisch, daß zu Beginn der Revolution, wo eine Auflösung des preußischen Staatswesens nicht ganz fern zu liegen schien, die separatistische Bewegung auch bei anderen Parteien als der Welfen-Partei gefördert zu werden schien. Nunmehr aber stehen alle Parteien außer den Welfen mehr oder weniger auf dem Boden, der ihnen nach ihrer allgemeinen politischen Orientierung gegeben ist, dieser ist der separatistischen Bewegung zweifellos nicht günstig. Die demokratische Partei hält an dem Gedanken eines Groß-Deutschlands unbedingt fest. Die Volkspartei strebt ihrer Tradition nach die Reichseinheit an. Die Deutschnationale Partei hat immer an dem Grundsatz festgehalten, daß das Streben zur Reichseinheit am zweckmäßigsten auf dem Unterbau des preußischen Staates durchzuführen wäre. Die sozialistische Partei ist ihrer ganzen Parteidoktrin nach grundsätzliche Gegnerin der Verkleinerung von Wirtschaftsgebieten geblieben. Die Zentrumspartei scheint etwas unter dem Einfluß der zu ihr gehörigen Hospitanten der Welfenpartei gestanden zu haben. Als völlig sicher kann gelten, daß die Bewegung in der Bevölkerung im ganzen durchaus an Popularität eingebüßt hat. Es ist zu hoffen, daß insbesondere die vorstehende Verwaltungsreform, die Ausgestaltung der Gemeindeverfassungsrechte unter weitgehender Berücksichtigung der Stammesart und der Landeseigentümlichkeiten, die Bewegung bald zu einem Ereignis von lediglich historischer Bedeutung machen wird.

Reich und Bundesstaaten.

Die Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Der Magistrat Berlin gibt folgendes bekannt: Am Montag, den 7. Juli wird, wie nunmehr feststeht, für Groß Berlin die angekündigte Herabsetzung der Lebensmittelpreise in folgender Form eintreten. Der Preis wird im Einzelverkauf betragen für:

Mehl: ½ Pfund etwa 44 ₰, statt bisher 1,10 M. Fleisch: 1 Pfund etwa 4,50—5 M statt bisher 11 und 9,50 M. Speck: 1 Pfund etwa 4—4,20 M statt bisher 7,40 M. Speisefett: 1 Pfund etwa 5 M statt bisher 6 M. Kartoffeln: alte Kartoffeln 1 Pfund etwa 15 ₰ statt bisher 25 ₰; neue Kartoffeln 1 Pfund etwa 20 ₰.

Die Ministerliste der Unabhängigen.

Eine Anzahl von Blättern veröffentlicht eine Ministerkandidatenliste der Unabhängigen, die gelegentlich einer Haussuchung aufgefunden sein soll. Offenbar hat man von seiten der Unabhängigen erwartet, mit Hülfe der jetzigen Streiks und der verschiedenen Putsche der letzten Tage die Regierung stürzen und sich selbst an deren Stelle setzen zu können. Es ist selbstverständlich, daß die Liste für alle Persönlichkeiten von irgendwelchen Namen unter den Unabhängigen einen leitenden Posten in der neuen Regierung vorsieht. So stehen Haase, Däumig, Breitscheid, Cohn, Wurm, Rosenfeld, Barth, Braß, Geyer usw. auf der Liste. Frau Zietz sollte das Wohnungs- und Gesundheitswesen übernehmen, ein Posten, zu dem sie sich offenbar ungemein eignet. Moissi, der ja in der letzten Zeit stark in der Unabhängigen Propaganda tätig ist, sollte den Kultusminister abgeben. Nur einer fehlt in der Liste: Adolf Hoffmann. Vielleicht hat doch seine verflossene Tätigkeit als Kultusminister selbst den Unabhängigen die Ueberzeugung beigebracht, daß es besser ist, ihn nicht wieder mit einem Ministerposten zu betrauen.

Der Volksratsausschuß des Ostens.

Bromberg, 1. Juli. Die Deutsche Vereinigung teilt mit: Die Nachricht, der Fünfzehnerausschuß der deutschen Volksräte in Danzig habe sich aufgelöst, ist falsch. Der Volksratsausschuß hat sich lediglich vertagt, und wird, sobald neue Entscheidungen über die Lage erforderlich werden, wieder zusammentreten.

Beantragte Maßregelung eines Volksverräters.

T. **Düsseldorf**, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Erlaß des Beigeordneten Knopp, der, wie mitgeteilt wurde, die Bevölkerung im besetzten Stadtteil Oberkassel in einer Bekanntmachung aufgefordert hatte, sich durch Schmückung ihrer Häuser an der Siegesfeier der Franzosen und Belgier am letzten Mittwoch zu beteiligen. Alle Fraktionen, mit Ausnahme der U. S. P., verurteilten die Maßnahme. Die Mehrheitssozialisten stellten den Antrag, den Beigeordneten, der selber seine Bekanntmachung jetzt preisgab, seines Postens zu entsetzen. Die Angelegenheit soll in der Kommission weiter behandelt werden.

Lebensmittelkrawalle in Hörde.

Hörde, 1. Juli. Zu Krawallen, deren Ursache die hohen Preise für Gemüse und Obst sind, kam es heute in Hörde, wo der Wochenmarkt abgehalten wurde. Die Menge stürmte die Stände der Händler, die Waren wurden entwendet und zum Teil zerstört. Dann zog die Menge zu vielen Hunderten durch die Stadt, wo sie in mehrere Geschäfte eindrang und die Waren zu Schleuderpreisen verkaufte. Vor dem Rathause sammelte sich eine große Menschenmenge an, an die ein Kommunistenführer eine Ansprache hielt. Die Unruhen dauern fort. Nachdem die hohen Preise von Gemüse und Obst in der Stadtverordnetensitzung von Hörde am 30. Juni zur Sprache gebracht wurden, setzte die Polizei Höchstpreise fest, die den Händlern nur einen verhältnismäßig geringen Verdienst ließen, doch konnte dies nicht verhindern, daß die seit langem bestehende Erbitterung über die hohen Preise heute zum Ausbruch kam.

Streikende in der Magdeburger Metallindustrie.

Magdeburg, 1. Juli. Der 14-tägige Streik in der Magdeburger Metallindustrie wurde mit Donnerstag für beendet erklärt. Die Forderungen der Arbeiter sind zum Teil erfüllt worden.

Wer sind die Barbaren?

Unsere Feinde stellen uns immer wieder als „Barbaren" hin; in Versailles ist eine lange Liste all der „Verbrechen" aufgestellt worden, die wir angeblich während des Krieges begangen haben sollen. Es muß daher immer wieder auf die Art der Kriegführung unserer Feinde hingewiesen werden, besonders der Russen, die doch die guten Freunde und Verbündeten der heutigen Weltrichter waren.

In der Broschüre von Paul Rohrbach „Rußland und wir"*) ist ein russischer Originalbefehl, datiert vom 10. 12. 14, Gut Friedrichsberg/Opr., veröffentlicht, in dem die Truppen angewiesen werden, „beim Angriff alle männlichen Einwohner im arbeitsfähigen Alter, von 10 Jahren aufwärts, vor sich herzutreiben."

Wie aus in deutscher Hand befindlichen russischen Dokumenten hervorgeht, war die Veröffentlichung dieses Befehls den Russen begreiflicherweise sehr unangenehm. Die russische „Außerordentliche Untersuchungskommission" berichtete darüber am 13./26. Februar unter Nr. 11 534 an den Chef des Stabes der russischen Obersten Heeresleitung:

„Die Kommission hat bestimmt, in der ausländischen Presse die Existenz genannten Befehls zu dementieren. Daraufhin habe ich die Ehre, Euer Exzellenz zu bitten, die Uebermittlung von Nachrichten an die Kommission über die freie Erfindung erwähnten Befehls, die die Kommission als Grundlage für ihr Dementi braucht, nicht ablehnen zu wollen."

Die russische Oberste Heeresleitung übersandte eine Abschrift dieses Schreibens an die russische Heeresgruppe der Westfront zur Aeußerung. In der Antwort dieser Kommandobehörde heißt es:

„In dem . . . Aktenstück Nr. 1 mit den Originaltelegrammen des Oberbefehlshabers und des Chefs des Stabes für 1914 findet sich ein Telegramm, eigenhändig geschrieben vom General Oranowski (er war damals Stabschef bei dem Oberkommando der Heeresgruppe der Nordwestfront unter Shilinski) und von ihm auch unterzeichnet folgenden Inhalts: 21. 11. alten Stils 820 Margrabowo. An General Siewers (Siewers war Oberbefehlshaber der 10. Armee in Ostpreußen). Der Oberbefehlshaber hat befohlen, die Forderung des Höchstkommandierenden (Oberste Heeresleitung) zur genauen Befolgung einzuschärfen, beim Angriff alle männlichen Einwohner im arbeitsfähigen Alter von 10 Jahren an, vor sich herzutreiben. 7150 Oranowski.

Angezogenes Telegramm bestätigt vollkommen das Vorhandensein der Verfügung des Höchstkommandierenden, von der in dem Briefe der Kommission vom 13. Februar 1916 — Nr. 11 534 — gesprochen wird. Generalmajor Lebedjew."

Die Echtheit des von Rohrbach veröffentlichten Befehls, der auf ewige Zeiten ein Schanddokument für die Kriegführung unserer Feinde darstellt, ist damit einwandfrei erwiesen. Der Höchstkommandierende der russischen Armee war 1914 der Großfürst Nicolai Nicolajewitsch, der Zeitungsnachrichten zufolge im Winter 1919 auf Schiffen des Verbandes von der Krim, wohin er sich geflüchtet hatte, nach Frankreich überführt wurde.

*) Verlag von J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart 1915 S. 88/89.

Verschärfung des Verkehrsstreiks.

Eintritt der Omnibusangestellten in den Streik.

Die Streiklage in Berlin hat durch den heute begonnenen Streik der Omnibusangestellten noch eine Verschärfung erfahren. Wie wir bereits heute morgen mitteilten, genügten den Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft die von der Direktion gemachten Zugeständnisse nicht, so daß sie es vorzogen, nicht weiter zu verhandeln und den Eintritt in den Streik zu proklamieren.

Die von der Regierung gestellten Militärlastkraftwagen reichen lange nicht aus, um die durch den Fortfall des letzten öffentlichen Verkehrsmittels, der Omnibusse, gesteigerte Verkehrsnot zu heben. In den Hauptstraßen wimmelt es heute vormittag noch mehr als gestern von Pferdefuhrwerken und Autos aller Art. Zwischen den kahlen Wänden der hohen Militärlastautos drängen sich stehend über fünfzig Menschen. An den Bahnhöfen und Plätzen haben sich riesige Parks von Jagd- und Gemüsewagen, Kremsern und Rollfuhren aufgebaut. Nach den Höchstpreisen wird nicht mehr gefragt. Die meisten Fuhrwerke tragen weder das Schild „Aushilfswagen", noch sind die vorgeschriebenen Preise angezeigt. Höchstens ist die Fahrtroute mit Kreide angemalt.

Gegen die Fuhrwerke, die sich in den Dienst des Publikums gestellt haben, sind gestern mehrfach — besonders auf dem Alexanderplatz — Ausschreitungen begangen worden. Es wurden dort einige Wagen umgestürzt und halbwüchsige Burschen zerschnitten die Geschirre und verletzten die Pferde durch Messerstiche. Die Lage gestaltete sich schließlich auch für das Publikum derart bedrohlich, daß Militär aufgeboten werden mußte, das auf Lastautos anrückte und den Platz nach Abgabe einiger Schreckschüsse säuberte. In der Prinzenallee kam es zu einer Plünderung. Eine Menge von etwa hundert Köpfen drang in ein Lebensmittelgeschäft ein und raubte die Waren. Die Polizei vertrieb die Menge.

Für viele Arbeiter in den Vororten war die Erreichung ihrer Arbeitsstätten mit größten Schwierigkeiten verbunden. In zahlreichen Fabriken fehlten bei Betriebsbeginn größere Mengen Angestellter, von denen viele erst nach mehrstündigem Fußmarsch mit oft erheblichen Verspätungen eintrafen. Wer in den weiter entfernten Vororten wohnte, war durch die Stillegung des Vorortverkehrs überhaupt abgeschnitten. Man versucht in erster Linie deshalb den Vorortverkehr nach Möglichkeit wiederherzustellen und hofft morgen damit wieder beginnen zu können.

Die Leitung der Großen Berliner Straßenbahn stellt sich nach wie vor auf den Boden des Schlichtungsausschusses. Eine schnelle Beilegung des Ausstandes ist kaum zu erwarten. Die Straßenbahner sollen zu Verhandlungen bereit sein, sie sind bis jetzt aber noch nicht an die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn herangetreten. Die Direktion könnte vorläufig auch nicht mehr tun, als ihren bisherigen Standpunkt noch einmal darzulegen. Bei einer gestern nachmittag erfolgten Besprechung der Direktion mit einer Abordnung der Streikenden über technische Fragen und die laufenden Notstandsarbeiten erklärten die Streikenden, die Paketbeförderung mittels der Straßenbahn nicht mehr fortsetzen zu können. Man muß befürchten, daß durch die Stockung der Millionen Pakete, die jeden Tag für die Post durch die Straßenbahn befördert werden, viele Lebensmittel dem Verderben ausgesetzt sind.

Im Laufe des heutigen Tages finden in allen Bezirken Versammlungen der Streikenden statt.

Zum Eisenbahnerstreik.

Eine geheime Abstimmung, die heute unter den streikenden Eisenbahnern über Arbeitsaufnahme oder Fortsetzung des Streiks vor sich geht, wird darüber entscheiden, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird, oder ob der Streik weiter gehen soll. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst in den heutigen Abendstunden bekannt werden. Bis heute mittag hatte sich in der Streiklage nichts geändert; es wurde zum Teil gearbeitet, zum Teil gestreikt und die pflichttreuen Arbeiter bemühen sich nach Kräften weiter, das Pensum derer zu erledigen, deren Auffassung von Pflichtgefühl es zuläßt, in dieser bitterernsten Zeit die Hände in den Schoß zu legen und es zuzulassen, daß wertvolle Nahrungsmittel durch ihre Schuld verkommen und die Ernährung einer Millionenstadt in Frage gestellt wird. Schon jetzt ist der Schaden, den unser Wirtschaftsleben durch diesen Streik erleidet, ganz enorm!

Die Lebensmittelversorgung Großberlins ist aufs empfindlichste bedroht! Schon wird die diese Woche fällige Kartoffelrate, wie wir erfahren, nicht mehr ausgegeben werden können. Das gleiche gilt von der Fischversorgung, die die Hafenstädte, aus Sorge vor dem Verderben der Ware, völlig eingestellt haben. Eine heute früh eingegangene Sendung Räucherwaren mußte bereits mit 50prozentiger Preisminderung abgegeben werden. Weniger bemerkbar ist der Rückgang beim Fleisch, von dem ja sowieso nur geringe Mengen vorhanden waren, und beim Brot, dank dem Vorhandensein größerer Mehlvorräte. Dagegen ist der fast völlige Ausfall der Obstsendungen, namentlich aus Schlesien, in der jetzigen Jahreszeit besonders zu beklagen.

Leiden schon die Gesunden der Hauptstadt unter dieser Vergewaltigung, so ist der Zustand, in den unsere Krankenversorgung gerät, geradezu katastrophal zu nennen! Wie wir aus der Charité erfahren, ist der Wochenbedarf an Fleisch, 700 Kilogramm, noch nicht gedeckt; frisches Gemüse, das sonst täglich in einer Menge von 800 Kilogramm Verwendung findet, fehlt völlig; vermutlich ist es auf dem Transport verfault! Auch Kartoffeln sind nicht mehr vorhanden und von Fett gibt es noch einen kleinen Vorrat für etwa 10 Tage!

Sollten diese erschreckenden Ergebnisse den Streikenden noch nicht das Wahnsinnige ihres Tuns vor Augen führen? Es will scheinen, daß diese Erkenntnis zusammen mit dem Erlaß des Eisenbahnministers, der deutlich zeigt, daß er nur das Interesse des ganzen Volkes verfolgt, die Mehrheit von ihnen doch bald zur Besinnung und die Einflüsterungen von Links zum Schweigen bringen wird. Wenn die „Freiheit" sich so stellt, als sei der Erlaß Noskes noch nicht aufgehoben, so wird diese plumpe Hetze von allen, die klar sehen wollen, sicherlich durchschaut. Ihre Agenten, die zum Sturze der Regierung treiben sollten, sind jetzt bis an den Bodensee festgestellt.

Jedenfalls können die Dinge, so wie sie heute liegen, keine weiteren 24 Stunden mehr andauern. Die Regierung ist fest entschlossen, aus ihrer Androhung die letzten Konsequenzen zu ziehen und das unverantwortliche Spiel mit Leben und Gesundheit weiter Volkskreise nicht länger zu dulden.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Die Lage der Bankbeamtenbewegung ist weiterhin ungeklärt, jedoch scheint ein Proteststreik anläßlich der Verhaftung Emonts' ausgeschlossen. Die Tarifverhandlungen, die morgen wieder beginnen sollen und von deren Verlauf die weitere Haltung der Beamtenschaft abhängt, stehen natürlich im Mittelpunkte der Frage. Wie wir erfahren, ist ihr Zustandekommen von der Haltung des Allgemeinen Verbandes abhängig. Der Deutsche Bankbeamten-Verein ist nicht gewillt, allein die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht zu führen, da er so der Gegenorganisation die besten Kampfmittel in die Hände geben würde. Denn es ist klar, daß dieser evtl. Festsetzungen, die er so auch mit seinem Namen decken muß, falls sie ihm nicht zusagen, als Anhaltspunkt zur Weiterführung des Konfliktes ausnutzen würde. — Andererseits ist es noch ungeklärt, ob sich der Verband an den Verhandlungen auch ohne Emonts beteiligt. Er hat sich zunächst mit dem Oberlandesgericht in Verbindung gesetzt, um eine Freilassung seines Führers im Notfalle nur für die Zeit der Verhandlungen zu erwirken. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen, auch ist noch kein Beschluß gefaßt, ob der Verband die Verhandlungen ohne Emonts zu führen gewillt ist. Der endgültige Beschluß dürfte erst im Laufe des Nachmittags gefaßt werden.

Die Gründe der Verhaftung Emonts'.

Die Verhaftung des Bankbeamtenführers Emonts ist durch die Staatsanwaltschaft ohne irgendwelche Anregung seitens anderer Stellen erfolgt. Ueber die Gründe wird von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß die Verhaftung lediglich mit der politischen Tätigkeit Emonts' als kommunistischer Agitator zusammenhängt und keineswegs auf seine Tätigkeit in der wirtschaftlichen Bewegung der Bankangestellten zurückzuführen ist. Den Strafverfolgungsbehörden war vor einiger Zeit bei der Aushebung eines kommunistischen Bureaus ein Brief in die Hände gefallen, der an ein weibliches Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei gerichtet und mit „E." unterzeichnet war. Weitere Ermittlungen ergaben, daß der Schreiber dieses Briefes Emonts war. In dem erwähnten Briefe schildert er seine umfangreiche Propagandatätigkeit im Dienste der kommunistischen Bewegung, und es ergab sich aus seinen Ausführungen unzweifelhaft, daß er für die Ausbreitung des Bolschewismus, für den Sturz der gegenwärtigen Regierung, die Einführung der Diktatur des Proletariats und die Aufreizung der Massen zur Weltrevolution tätig war. Um seine Propagandatätigkeit noch umfangreicher zu gestalten, erbat er in dem Briefe von der Zentrale der Kommunistischen Partei die Zuwendung größerer Geldmittel. Da die Tätigkeit des Briefschreibers den Tatbestand verschiedener strafbarer Handlungen erfüllte, erging darauf am 16. Juni 1919 eine Verfügung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I an das Polizeipräsidium, in der dieses angewiesen wurde, den Emonts sofort zu verhaften und der Staatsanwaltschaft vorzuführen. Diese Verfügung ist von der Kriminalpolizei am 30. Juni 1919 ausgeführt worden.

Zehnter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Für Lösung der Beziehungen zu den Sozialdemokraten.

In der heutigen Sitzung beantragte Dißmann-Frankfurt a. M. namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum sowie über die Anträge zum Eisenbahnerstreik. Er ersuchte Peplow um eine Erklärung, wie der Satz seiner Entschließung zu verstehen sei: die Gewerkschaften müssen zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden". — Janssen (Generalkommission) erklärt, daß damit zum Ausdruck gebracht werden solle, daß, wenn die bisherigen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei gelöst werden müßten, es deshalb geschehe, weil mehrere sozialdemokratische Parteien entstanden seien und derartige Streitigkeiten von den Gewerkschaften ferngehalten werden müßten. An der grundsätzlichen Stellung zum Sozialismus und dem Klassenkampf soll nichts geändert werden. — An der namentlichen Abstimmung über die Vertrauensresolution für die Generalkommission beteiligten sich 624 Delegierte, von denen 445 mit „Ja", 179 mit „Nein" stimmten. Da aber nach der Geschäftsordnung die Stimmenzahl, welche die einzelnen Delegierten vertreten, den Ausschlag gibt, ist dieses Resultat noch nicht das endgültige. Es kann erst später bekanntgegeben werden. Daß das Vertrauensvotum mit übergroßer Mehrheit angenommen worden ist, ist schon jetzt offenbar. Vom Metallarbeiterverband haben 53 Delegierte für, 64 gegen gestimmt, vom Eisenbahnerverband 15 für und 12 gegen. Eine Reihe anderer Verbände, so die der Bauarbeiter, Bergarbeiter, Transport-, Holz-, Landarbeiter und Buchdrucker hat fast geschlossen die Vertrauensresolution angenommen. — Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses wurde der Antrag auf weitere namentliche Abstimmungen zurückgezogen. Zum schon bekannten Antrag der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz gegen die wilden Streiks einerseits und den Noskeschen Streikerlaß andererseits wird über die einzelnen Absätze abgestimmt. Die beiden ersten Absätze wurden mit Mehrheit, die letzten Absätze gegen wenige Stimmen angenommen.

Aus Groß Berlin.

Die Vorortgemeinschaft gegen den Gesetzentwurf Groß-Berlin. Die Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Teltow hat den Regierungsentwurf für Groß-Berlin beraten und abgelehnt. Die Interessen und Ansichten der Vorortgemeinden fänden keine Berücksichtigung. Der Entwurf bringt die reine Eingemeindung in einer einseitigen, auf Berliner Interessen zugeschnittenen Form. Die vielgerühmte Dezentralisation hat ihren Ausdruck in Distriktsämtern und Distriktsversammlungen gefunden, die gar keinen Ersatz für die gleichzeitig vernichteten Selbstverwaltungskörper gewähren. Die Notwendigkeit, für die zahlreichen Gemeinschaftsaufgaben Groß-Berlins eine Einheit, in Form einer einheitlichen Gemeinde zu schaffen, wurde anerkannt, aber unbedingt gefordert, daß die Selbstverwaltung erhalten, und für die Vororte, die zu größeren Bezirken zusammengelegt werden mögen, gesetzlich festgelegt wird.

Kundgebung in der Universitätsaula. Aus Anlaß des 142. Jahrestages der Erklärung der amerikanischen Unabhängigkeit von England veranstalten der „Verein für das Deutschtum im Ausland", die „Deutsch-Irische Gesellschaft" und die „Vereinigung Vergewaltigter Völker" am Freitag, den 4. Juli, abends um 7 Uhr 15 Min. in der großen Aula der Berliner Universität eine Kundgebung. Außer Vorträgen über das Deutschtum und über die Iränder in Amerika, die von Christian Weiser aus Michigan und Edwin Emerson aus New York gehalten werden, sind der Veranstaltung entsprechende Musik- und Liedervorträge vorgesehen.

Bei der Erwerbslosenfürsorge wird, mit Rücksicht auf die infolge des Streiks der Straßenbahnangestellten entstandenen Verkehrsschwierigkeiten für die Dauer des Streiks auf das Beibringen der Kontrollstempel verzichtet.

Hundesperre im Osten Groß Berlins. Der Landrat des Kreises Niederbarnim hat für das Gebiet der Gemeindebezirke Marzahn, Biesdorf, Kaulsdorf, Karlshorst und Hellersdorf die Hundesperre bis einschließlich den 24. September d. J. angeordnet.

Personalnachrichten.

Der Geheime Regierungsrat und vortragende Rat im Staatsministerium (Staatskommissar für das Wohnungswesen), Dr. jur. Paul Rocholl, ist zum Ministerium der öffentlichen Arbeiten übergetreten.

Letzte Meldungen.

Die belgische Friedenssehnsucht.

Amsterdam, 1. Juli. Havas-Reuter melden aus Brüssel, daß der belgische Senatspräsident im Senat eine Rede hielt, in der er sagte: Zweifellos ist uns der Friede nicht das, was wir erwartet hatten. Er bringt uns aber die Hauptsache, nämlich den Frieden, auf den wir solange gewartet haben.

Niederländische Frauen für eine Völkerbundsreform.

Rotterdam, 1. Juli. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hat die „Niederländische Frauenvereinigung für einen dauerhaften Frieden" eine Adresse an den stellvertretenden Vorsitzenden des holländischen Ministerrates gerichtet, in der sie darauf dringt, daß die Niederländer ihren endgültigen Anschluß an den Völkerbund mit davon abhängig machen sollen, daß alle bisher vom Völkerbund ausgeschlossenen Länder und nicht anerkannte Regierungen sofort in den Völkerbund aufgenommen werden.

Ausfuhr der Möbel aus Elsaß-Lothringen.

Seit Anfang Juni d. Js. gestattet die französische Behörde wieder denjenigen Beamten, die nach der Besetzung Elsaß-Lothringens noch weiter auf Befehl der französischen Regierung Dienst getan haben, ihr Hausgerät auszuführen. Gesuche sind an Abschnitt V der neutralen Zone in Karlsruhe einzureichen. Für alle anderen Personen ist die Ausfuhr bis auf weiteres verboten.

Die Einschränkung des Kohlenverbrauchs in England.

S. **Haag**, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Londoner Gazette" enthält neue strenge Bestimmungen über die Einschränkung des Kohlenverbrauchs für das nächste Jahr.

W. **Weimar**, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Dem Abgeordneten Heinrich Schulz-Ostpreußen ist der Posten eines Unterstaatssekretärs im Reichsministerium des Innern angeboten worden. Ob Abg. Schulz annimmt, hängt von der Stellung der Fraktion der sozialdemokratischen Mehrheitspartei ab, die nicht ohne Bedenken ist, ihre Vorstandsmitglieder in so umfangreicher Weise in die Regierung eintreten zu lassen.

R. **Basel**, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aufhebung der Société de surveillance suisse (S.S.S.) erfolgt entgegen der Meldung des „Journal de Genève" erst nach Ratifikation des Friedensvertrages.

R. **Basel**, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Güterverkehr Schweiz—Ausland ist vom 1. Juli 1919 ab der besondere Kriegstaxzuschlag auf Exportwagenladungsgüter aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an werden für die Exportgüter die gleichen Zuschläge erhoben wie für den Inlandsverkehr.

Barometer- u. Thermometerstand [illegible] Friedrichstr. 69.

Am 1. abends	8 Uhr	755,0 mm	+ 15,0	Grad C.
Am 2. morgens	8 Uhr	754,0 mm	+ 17,5	Grad C.
Am 2 mittags	1½ Uhr	755,0 mm	+ 17,5	Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; etwas Regen und Gewitterneigung.

Volkswirtschaftlicher Teil.

„Stille Reserven" in unsern Kohlenschätzen.

Von

Prof. Fr. Herbst-Essen.

II.

Für unseren Braunkohlenbergbau ist besonders die Frage der Schutzpfeiler- und der Abbauverluste wichtig, die bis auf weiteres noch von großer Bedeutung sind, da der geringe Preis der Braunkohle keine hohen Selbstkosten zugelassen und infolgedessen den Begriff „bauwürdige Lagerstätten" stark eingeschränkt, auch zu einem möglichst einfachen und infolgedessen verlustreichen Abbauverfahren gezwungen hat, so daß Verluste von 30—40 v. H. beim unterirdischen Abbau — im Tagebau liegen die Verhältnisse günstiger — keine Seltenheit sind und manche Lagerstätte überhaupt bis auf weiteres nicht abgebaut werden kann. Hier wird durch die Preissteigerung der Zukunft, die auf eine bessere Auswertung der Braunkohle drängen und gleichzeitig auch wieder durch diese selbst möglich werden wird, Wandel geschaffen werden können. Außerdem wird der Braunkohlenbergbau die Herstellung von Briketts zurückschrauben können, die allerdings für den Hausbrand sehr beliebt und auch berechtigt sind, die aber — aus hier nicht näher zu erörternden Gründen — infolge des ganzen umständlichen Verfahrens bei ihrer Herstellung erhebliche Anlagegelder und Arbeitskräfte festlegen und außerdem beträchtliche Kohlenverluste verursachen, daher wenigstens für die Verwendung in der Industrie nach und nach ausgeschaltet werden sollten.

Die vollständigere Nutzbarmachung der Braunkohlenlager führt freilich auf weit größere Schwierigkeiten als diejenige der Steinkohlenablagerungen. Während wir nämlich im deutschen Steinkohlenbergbau im großen und ganzen immer ähnliche Vorkommen finden, die Unterschiede in den Schwierigkeiten der Gewinnung sich in engen Grenzen halten und Schwierigkeiten nach der einen Richtung durch günstigere Verhältnisse auf der anderen Seite teilweise ausgeglichen werden können, finden wir im Braunkohlenbergbau Lagerstätten von über 100 m reiner Kohlenmächtigkeit neben solchen von 1—2 m, die über der Lagerstätte liegende Decke jüngeren Gebirges, hier auf wenige Meter herabgedrückt, dort bis zu Hunderten von Metern zunehmend; ein Bezirk zeichnet sich durch gleichförmig über weite Strecken abgelagerte Braunkohlenlager aus, ein anderer hat nur fetzen- und schollenartiges Auftreten, zerrissene und zerquetschte Lagerstätten aufzuweisen. So wird es möglich, daß in den begünstigten Gebieten ein schwunghafter Abbau umgeht und die dortigen Lagerstätten rasch ihrer Erschöpfung entgegenführt, während in den Gegenden mit ungünstigen Verhältnissen die unterirdischen Reichtümer noch ungehoben schlummern. Zwischen diesen beiden Grenzverhältnissen stehen nun noch Lagerstätten, die einen Teilabbau gestatten, indem durch Beschränkung auf die günstigeren Lagerstättenteile und die billigsten Abbauverfahren der Wettbewerb mit den begünstigten Gebieten noch ermöglicht wird. Mit anderen Worten: Die ungünstiger gestellten Bezirke werden durch den Wettbewerb auf die schiefe Ebene des „Raubbaues" gedrängt. Diese Neigung wird in Zukunft von der höheren Warte volkswirtschaftlicher Rücksichten aus mit allen Mitteln bekämpft werden müssen.

Die Ausnutzung der „stillen Reserven" ist für den Braunkohlenbergbau insofern wichtig, als die voraussichtliche Lebensdauer der deutschen Braunkohlenvorräte — die doch für große Landesteile und namentlich für den sonst an Bodenschätzen armen Osten von außerordentlicher Bedeutung sind — nur noch einige Jahrzehnte betragen dürfte.

Zweifellos erfordert die Erreichung der hier umschriebenen Ziele der besseren Auswertung unserer stillen Reserven im Kohlenbergbau die Mitarbeit weitester Kreise. Nicht nur Erzeuger, sondern auch Verbraucher, nicht nur Unternehmer und deren Verbände, sondern auch Reich und Bundesstaaten, nicht nur Industrien aller Art, sondern auch Haushaltungen und Gewerbebetriebe werden das ihrige tun müssen. Hoffen wir, daß uns auf diesen Zukunftswegen die einigende Kraft des ungeheuren Schicksals, die uns im Kriege solche Riesenleistungen ermöglicht hat, auch für den Frieden dauernd treu bleibt!

Eine preussische Eisenbahnanleihe.

Neuanschaffungen und Bauausführungen für 113 Millionen.

Der Preussischen Landesversammlung ist soeben der Entwurf eines Eisenbahnanleihegesetzes mit dem Ersuchen der Staatsregierung zugegangen, die Beschlussfassung bei der grossen Dringlichkeit der Angelegenheit mit äusserster Beschleunigung herbeizuführen: Es werden zur Herstellung von dritten und vierten Gleisen auf der Strecke Berlin—Luckenwalde 6½ Millionen, zur Deckung der Mehrkosten für bereits genehmigte Bauausführungen 89,33 Millionen, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes (Ausrüstungen mit der Kunze-Knorrbremse etc.) 12,3 Millionen und zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen 5 Millionen, insgesamt also 113,1 Millionen Mark angefordert. Die Staatsregierung wird ermächtigt, zur Deckung der Mittel Staatsschuldverschreibungen im gleichen Betrage auszugeben, an deren Stelle vorübergehend Schatzanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden können.

Aus der Begründung ist u. a. zu ersehen, dass ein erheblicher Teil der Anleihe auf den Bahnbau von Lieblar nach dem Ahrtal (Bernau) entfällt. Für diese Bahn, für die bereits 32,3 Millionen Mark bewilligt waren, müssen infolge ungewöhnlich schwieriger, nicht vorherzusehender Gebirgsverhältnisse in den Tunnelstrecken 30 weitere Millionen eingefordert werden. Bezüglich der Kleinbahnen wird bemerkt, dass durch verschiedene Gesetze für diesen Zweck insgesamt 140 000 000 M bereitgestellt waren. Davon sind an Staatsbeihilfen bereits bewilligt oder in Aussicht gestellt 134 900 775 M, so dass zurzeit noch 5 099 225 M verfügbar sind. Unterstützungsanträge, die bereits seit einiger Zeit in Behandlung sind und in Kürze entscheidungsreif sein dürften, werden voraussichtlich diesen Betrag annähernd verbrauchen. Weitere Anträge, die einen Aufwand von rund 6 500 000 M erfordern würden, sind zu erwarten. Da ein Teil von ihnen ebenfalls spruchreif werden dürfte, und erfahrungsmässig neue Anträge nicht ausbleiben werden, erscheint es nötig, den Kleinbahnunterstützungsfonds mit einem grösseren Betrage aufzufüllen. Es sind daher weitere 5 000 000 M eingestellt worden.

*

Die neue oldenburgische Anleihe. Der Freistaat Oldenburg ist jetzt mit einer Anleihe von 40 Millionen Mark herausgekommen. Die Anleihe von nom. 40 Millionen Mark, bestimmt zur Abdeckung der 23 Millionen betragenden Kaufschuld für den 1913 vorgenommenen Erwerb einer preussischen Eisenbahnstrecke und für neue Investitionsbedürfnisse der Bahnen, tritt einer stehenden Schuld von rund 81 Millionen Mark hinzu. Sie ist wie die 1871 aufgenommene und bis 1931 laufende (letzte deutsche) Prämienanleihe eine Amortisationsschuld und soll bis 1969 durch Auslosung getilgt werden, die bereits zu Anfang 1920 beginnt. Ausserdem ist neben der rechtmässigen Abtragung einiger kleinerer Sonderanleihen für die Verringerung der Schuld durch die 1914 erfolgte Gründung einer Staatsschuldentilgungskasse gesorgt, die zu Beginn des Jahres 1919 auf annähernd 3 Millionen Mark angewachsen war. Das den Schulden gegenüberstehende beträchtliche Landesvermögen setzt sich der Hauptsache nach aus Domänen, Forsten und Eisenbahnen zusammen und ist durch die soeben durchgeführte Vereinigung des bisher vom Grossherzoge genützten „Krongutes" mit dem Staatsgut in seinem Werte erhöht. Die Domänen enthalten meist wertvolles Marschland mit entsprechenden Gebäuden und umfassen in der Provinz (dem früheren Herzogtum) Oldenburg etwa 11 000 ha mit einem Jahresreinertrag von etwa 1 Million Mark. Die Forsten derselben Provinz sind rund 15 000 ha gross und haben einen anschlagsmässigen Jahresreinertrag von 300 000 M, der 1917 um 220 000 M überschritten wurde. Die Eisenbahnen wiesen am 1. Januar 1918 ein statistisches Anlagekapital von rund 150 Millionen Mark auf. Der allgemeine Haushalt hat sich bis vor kurzem ohne besondere Massnahmen in Ordnung halten lassen, erst im Jahre 1917 wurde eine 15 % Erhöhung der Einkommen- und Vermögensteuer erforderlich, die bis 1919 auf 50 % gewachsen ist.

Deutsche Volkswirtschaft.

Bevorstehende Aufhebung der Devisenordnung. Eine gemeinsame Sitzung der zuständigen Ministerien beschäftigte sich heute mit der Frage der Aufhebung der Devisenordnung. Alle beteiligten Ressorts sind sich grundsätzlich einig, dass die Devisenordnung so schnell als möglich aufgehoben werden muss. Es wird nur noch notwendig sein, die Verordnung über die Kapitalabwanderung vom November v. J. zu ergänzen, da sie sich in mancher Hinsicht auf die Devisenordnung aufbaut. Es ist wiederum ein besonderes Gesetz erforderlich, das den Staatenausschuss und die Nationalversammlung passieren muss. Wenn dieses Gesetz erlassen ist und keine Lücke mehr klafft, wird die Devisenordnung aufgehoben.

Zur Verkehrslage im Ruhrrevier wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Der Wagenmangel nahm in der vergangenen Woche überaus scharfe Formen an. Durch die Unsicherheit in der politischen Lage und die hierdurch veranlassten umfangreichen Wagenanforderungen zum Abtransport von Gütern, die im Falle der Besetzung der Beschlagnahme verfallen wären, wurden die Schwierigkeiten noch erhöht. Die Fehlziffern bewegten sich an einzelnen Tagen zwischen 2000 und 6000 Wagen. Die Gestellung betrug nur wenig über 14 000 Wagen werktäglich. Da der Zulauf von Leerraum aus dem Westen anhaltend sehr gering war, hatten die im westlichen Teil gelegenen Anlagen besonders unter dem Wagenmangel zu leiden. Die Kipperleistung in Duisburg-Ruhrorter Häfen ging in der Vorwoche noch weiter zurück, gekippt wurden noch nicht einmal 8000 Wagen täglich. Dagegen ging der Umschlag der Kanalzechen wieder bis auf 26 000 t arbeitstäglich in die Höhe. Der Versand der Kanalzechen erfolgt jetzt wieder im alten Umfange auch nach Westen. Leider macht sich aber seit einigen Tagen infolge der stärkeren Verladungen der letzten Wochen Kahnraummangel bemerkbar.

Preiserhöhung für rheinische Braunkohle. Laut „Volkszeitung" erhöhte das Rheinische Braunkohlenbrikettsyndikat in Köln die Preise ab 1. Juli um durchschnittlich sechs Mark, einschliesslich der Kohlensteuer pro Tonne.

Die deutsche Eisenindustrie und der Friedensvertrag. Wie von massgebender Seite aus den Kreisen der Montanindustrie berichtet wird, dürften infolge des schweren Verlustes, den die deutsche Eisenerz-Erzeugung durch den Friedensvertrag erleidet, und der zerrütteten Arbeitsverhältnisse 1 bis 2 Jahre vergehen, bis die Produktion wieder einen normalen Stand erreicht haben wird, und wieder grössere Ausfuhrmengen zur Verfügung stehen werden. Es wird gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um den Export an Eisenerzeugnissen wieder auf die Füsse zu stellen, jedoch sind die späteren Ausfuhrmöglichkeiten nicht als ungünstig zu betrachten, da die deutschen Eisenerzeugnisse vor dem Kriege sehr gesucht waren, und der Bedarf in allen Ländern ausserordentlich gross ist. Viele Schwierigkeiten dürften sich in der Praxis als geringer erweisen, als es vor der Hand den Anschein hat. Voraussetzung ist allerdings, wie überall, so auch in der Eisenindustrie, die allmähliche Rückkehr normaler Arbeitsverhältnisse, sowie die Fernhaltung fragwürdiger, den Unternehmungsgeist lähmender sozialer Experimente von dem gesundungsbedürftigen Wirtschaftskörper Deutschlands.

Aus der Holzindustrie. Im Westen und Osten ist die Geschäftslage im Holzgewerbe, wie der „Königsberger Hartungschen Zeitung" mitgeteilt wird, als unsicher anzusprechen. Unternehmungslust besteht nur dort, wo es sich um die Deckung des sofortigen Holzbedarfes handelt. Grösseren Unternehmungen gegenüber beobachtet man Zurückhaltung. Gewaltige Veränderungen in den bisherigen Produktions- und Absatzverhältnissen werden die etwaigen Gebietsabtrennungen des ostdeutschen Holzgewerbes vom nord-, mittel- und westdeutschen hervorrufen, da fast sämtliche Holzhandelshäuser in Deutschland erhebliche Interessen im Osten haben. Besonders wird jetzt beim Ankauf von Schnittholz auf schnellste Beförderungsmöglichkeiten Wert gelegt. Auf dem Eichenmarkt ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Schwellen waren sehr gesucht. Durch den ungünstigen Friedensschluss wird sich die Schwellenversorgung für den deutschen Holzmarkt schwierig gestalten, da ein grösserer Teil der Produktion in West- und Ostpreussen und in der Provinz Posen erfolgte. Der Beschäftigungsgrad der Möbelindustrie hat in den letzten Wochen namentlich für Luxusmöbel zugenommen, während für einfache und Hausratsmöbel der Geschäftsgang immer noch schleppend ist. Die Freigabe der Ausfuhr für alle Sorten Möbel hat bis jetzt noch keine Erfolge gezeigt. Der Mangel an Betriebsstoffen (Kohle) sowie an Spiritus, Leim, Schellack macht sich weiter fühlbar.

Absatzvorschriften für Ammoniakdünger. Die Ueberwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorsäurehaltige Düngemittel ersucht uns zu veröffentlichen, dass die von ihr erlassenen bisherigen Absatzvorschriften betreffend Ammoniakdünger auch für die Zeit nach dem 30. Juni 1919 bis auf weiteres unverändert bestehen bleiben und von Erzeugerwerken, Weiterverkäufern und Verbrauchern zu befolgen sind.

Pomona Diamanten-Gesellschaft in Berlin. Auf Grund der neuerdings eingetroffenen Nachrichten ist die Gesellschaft in die Lage versetzt worden, nachträglich einen Abschluss für 1917 aufzustellen. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 100 % in Vorschlag zu bringen.

Ausländische Volkswirtschaft.

Zum Konkurs der Firma Erdmann & Hethey. Im Konkurs der deutschen Bankfirma Erdmann & Hethey in Amsterdam steht, wie uns drahtlich gemeldet wird, ein Zwangsvergleich auf der Basis von etwa 14 % bevor. Die Gesamtpassiven betragen 12 507 116 Gulden, denen lediglich 1 700 000 Gulden an Aktiven gegenüberstehen.

Erhöhte Margarine-Ausfuhr aus Holland. Wie aus dem Haag berichtet wird, bereitet die holländische Regierung eine Verordnung vor, um unter gleichzeitiger Sicherstellung der Vorräte für den eigenen Bedarf des Landes die Margarine-Ausfuhr in grösserem Umfange als bisher möglich zu machen. — Seitens der Alliierten werden der Ausfuhr von Margarine nach dem unbesetzten Deutschland keine Hindernisse in den Weg gelegt, sofern die Rohstoffe aus den alliierten Ländern stammen. Die beabsichtigte Neuregelung wird nach denselben Grundsätzen wie die Verordnung über die Ausfuhr holländischer Molkereiprodukte erfolgen.

In der Frage der Verstaatlichung der spanischen Bahnen machte die spanische Regierung folgenden Vorschlag: Es soll eine Betriebsgesellschaft mit einem Kapital von 2 Milliarden Pesetas begründet werden, wovon der Staat die Hälfte zeichnen wird. Diese Gesellschaft wird gleichzeitig den Bau der fehlenden 14 000 km Bahnstrecken gemeinschaftlich mit zwei Untergesellschaften, nämlich der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten sowie dem Syndikat der metallurgischen Industrien übernehmen.

Eine missglückte Verstaatlichung der Lebensversicherung. Im Jahre 1911 wurde im Staate Wisconsin der Vereinigten Staaten der Versuch gemacht, unter der Bezeichnung Wisconsin State Life Fund eine staatliche Versicherung einzuführen. Wie aus folgender Uebersicht hervorgeht, haben sich die nach dieser Richtung unternommenen Versuche nicht bewährt. Ausgestellt wurden

1913	239	Versicherungen,	Betrag	147 500 Dollar
1914	83	„	„	82 000 „
1915	71	„	„	70 500 „
1916	84	„	„	80 200 „
1917	21	„	„	21 000 „
1918	11	„	„	nicht angegeben.

Der Bericht sagt nichts über die Ursachen dieses Rückganges. Man wird aber nicht fehlgehen, ihn auf den Wettbewerb der privaten Versicherung zurückzuführen.

Weltwirtschaft.

Konferenz der holländischen Aussenhandelskammern. Auf Veranlassung der holländischen Handelskammer in London findet am 29. d. M. in Arnhem eine Konferenz von Vertretern holländischer Aussenhandelskammern statt. Die Richtlinien der Handelskammer in London: „Die Handelsbeziehungen zwischen Holland und England so kräftig als möglich zu fördern, sich jedoch nicht in die innere Politik des Landes, in dem die Handelskammer errichtet ist, einzumischen und zu versuchen, die vollkommene Handelsfreiheit zu schützen" sollen, wie „Handelsblad" berichtet, auch der Zusammenkunft in Arnhem zugrunde gelegt werden. Von Interesse wird die Stellung der Arnhemschen Konferenz sein bezüglich der Aufnahme von deutschen Mitgliedern. Einzelne Handelskammern beabsichtigen in Zukunft alle deutschen Mitglieder auszuschliessen und wünschen, dass die übrigen Aussenhandelskammern diesem Vorbilde folgen. Nach der Auffassung der holländischen Handelskammer in London soll ein solches Vorgehen für die holländischen Handelsbeziehungen nur von Nachteil sein. Die Interessen des holländischen Handels liegen in allen Teilen der Welt, in England so gut wie in Deutschland; eine derartige politische Stellungnahme, keine deutschen Mitglieder aufzunehmen, wird die Errichtung von Aussenhandelskammern in Deutschland wahrscheinlich unmöglich machen und dem holländischen Handel nur schaden. Auf der Arnhemer Konferenz sollen auch die folgenden Fragen zur Sprache kommen: Freihandel oder protektionistische Wirtschaft und staatliche Unterstützung der Aussenhandelskammern.

„Polynesiens Wirtschaftskrieg gegen Deutschland." Der von England unermüdlich organisierte Kampf gegen den deutschen Handel erstreckt sich bis auf die kleinste Insel. So berichtet die „Times" und bleibt dabei ernsthaft: „Die australische Handelskammer ernannte einen Sonderausschuss zur Beobachtung und Entwicklung des australischen Handels in Polynesien, einschliesslich der australischen Mandatsgebiete. Der Ausschuss wird sofortige Massnahmen gegen deutschen Einfluss treffen."

Aussenhandel Ceylons. Die Handelskammer von Ceylon veröffentlicht statistische Angaben über die Ausfuhr der wichtigsten Waren in den letzten Jahren. Danach betrug die gesamte Teeausfuhr im Jahre 1918 180,64 Mill. lbs. gegen 193,03 im Vorjahre, 202,48 im Jahre 1916 und 211,63 Mill. lbs. im Jahre 1915. Der Kautschukexport 1918 betrug 47,22 Mill. lbs. (71,35 Mill. lbs.). An Graphit wurden 309 057 cwt. (540 950 cwt.) ausgeführt, davon nach Amerika 168 176 cwt. (439 287 cwt.) und nach England 127 720 cwt. (92 017 cwt.).

Aktiengesellschaften.

Wie wir bereits früher gemeldet haben, kann bei der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas-Akt.-Ges. für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende nicht verteilt werden (i. V. 5 %). Nunmehr liegt der Bericht der Gesellschaft vor, der sogar einen Verlust von 163 418 M gegen 929 693 M Reingewinn im Jahre 1917 ausweist. Als Ursachen hierfür erwähnt der Vorstand, dass durch die weiter gesteigerten Wirkungen der langen Kriegsdauer und die seither eingetretenen Verhältnisse die an die Durchführung der Strompreiserhöhung geknüpften Erwartungen unerfüllt geblieben seien. So erhöhten sich die Einnahmen nur von 11 502 184 M auf 17 488 073 M, also um 52 %, die Ausgaben dagegen von 9 520 951 M auf 16 707 739 M oder um 75 %. Der Ertrag der Oberschlesischen Elektrizitätswerke (784 825 M gegen 1 981 232 M) wird durch den — durch das 10 Millionen Darlehn der Bayrischen Stickstoffwerke — erhöhten Zinsendienst völlig aufgezehrt. Die Bilanz zeigt ein Anwachsen der Anlagen von 43 512 081 M auf 49 085 659 M, da Ueberschüsse zu Abschreibungen hierfür nicht mehr vorhanden waren. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr erscheinen ungewiss, da die vom Vorstand für ein günstiges Ergebnis erwarteten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht eingetreten sein dürften.

In der Generalversammlung der Nitritfabrik Akt.-Ges. in Köpenick wurde die Dividende auf wiederum 12 % festgesetzt. Auf Anfrage betreffs des auffallend niedrigen Aktienkurses erklärte die Verwaltung, dass ein sachlicher Grund für die Minderbewertung der Nitritaktien an der Börse gegenüber anderen Werten der chemischen Industrie nicht vorliege.

Berliner Börse vom 2. Juli.

An der Börse machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Das Publikum war wieder mit größeren Kaufaufträgen am Markte; ebenso wurden auf einzelnen Marktgebieten wieder Käufe des neutralen Auslandes bemerkt. Das Geschäft gestaltete sich verhältnismäßig lebhaft. Nicht ohne Einfluß auf die Stimmung blieb die Festigkeit der heimischen Rentenwerte, besonders der Kriegsanleihen. Am Montanmarkt war die Haltung nicht ganz einheitlich; die Aktien der Bismarckhütte büßten 5½ %, des Bochumer Gußstahlvereins 2 % ein; dagegen gewannen jene der rheinischen Stahlwerke 2¼ %, der Rombacher Hütte 1½ %, der Mannesmann-Röhrenwerke 1 %. Schiffahrtsaktien waren wenig verändert. Von Farbwerten verloren die Aktien der Elberfelder Farbenfabrik 7½ %; jene der Höchster Farbwerke setzten dagegen die Steigerung fort. Gute Meinung bestand sodann für Rüstungs- und Elektropapiere, sowie für Kaliaktien und Kuxe. Wesentlich höher wurden auch Canada-Shares bewertet. Von Werten des Freiverkehrs waren überdies noch die Aktien der Scheidemandel-Gesellschaft, der Zeitzer Maschinenfabrik und der Weyersberg, Kirschbaum & Co. begehrt und fest. Kriegsanleihen eröffneten mit 77⅞ % etwa ¾ % über gestrigem Schlußkurs. Auch die älteren heimischen Anleihen zogen merklich in den Kursen an. Tägliches Geld war mit 4½ % reichlich angeboten; Privatdiskont: 4⅝ % und darunter.

Am Einheitsmarkt stellten sich höher:

Deutsche Wolle 10½, Lauchhammer 5, Auer 5, Flöther Maschinen 5, Thomée 6, Th. Goldschmidt 5, Berlin-Guben Hutfabrik 8, Brown, Boveri 6, Kahla Porzellan 7, Hoesch 5, Hannover Waggon 7, Rositzer Braunkohlen 5, Riebeck Montan 5, Pintsch 5, Vogel 6, Kirchner & Co. 6, Reisholz Papier 12, Wissener Metall 9, Rositzer Zucker 5, C. Lorentz 7, Hutschenreuther 7, Dresdner Gasmotoren 8, Elektr. Untern. Zürich 8, Peipers 5, Gussstahl Döhlen 6, Pöge 9, Gebr. Körting 8, Thörl Oelfabr. 20, Mälzerei Wrede 8, Cart. Loschwitz 4½.

Niedriger: Zeitzer Masch. 7, Egestorff Masch. 7½, Beton 5, Nordd. Gummi 5.

Liste

der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schlusskurse v. 1. 7.	Anfangskurse v. 2. 7.		Schlusskurse v. 1. 7.	Anfangskurse v. 2. 7.
Anatolier	—	—	Mannesm.	172	173
Franzosen	—	—	Ober-Eisen-B.	111¼	111½
Lombarden	20¾	21½	„ Eisen-Ind.	127½	126
Prinz Henry	266	266¾	Phönix	192½	193½
Orientbahn	—	—	Rhein. Stahl	145	147½
Schantung	128½	128¾	Rombacher	149	150½
Gr. Berliner	121	—	Akt. f. Anilin	259	260
Oestr. Kredit	—	—	Bad.	339½	—
Türk. Tabak	419	—	Elberf. Farb.	313½	306
Dt. Austral.	—	—	Höchster	300	302½
Hbg. Paket	93¾	94	A. E.-G.	184	184½
„ Südamer.	149	148½	Bergmann	140½	144½
Hansa	200	200¾	Siem. u. Halske	165	165½
Nordd. Lloyd	95¾	95½	Schuckert	125	—
Bismarckh.	182	176½	Felt. Guill.	159	162
Bochumer	189	187	Gebr. Böhler	—	—
Dt. Luxemburg	146¾	145½	Dt. Waffen	218½	222
Gelsenkirchen	161	160½	Hirsch Kupfer	221½	227½
Harpener	168¾	165	V. Köln-Rottw.	182½	185
Hohenlohe	—	—	Orenstein	172½	173½
Kattowitzer	180½	180¾	Rhein Metall	168	172
Laura	—	—	Daimler	197½	199
Lothr. Hütte	158¾	157½	Dt. Kali	174½	176

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:			2. Juli Geld	2. Juli Brief	1. Juli Geld	1. Juli Brief
Holland	100	Gulden	585	585½	585	585½
Dänemark	100	Kronen	321	321½	321	321½
Schweden	100	Kronen	349	349½	349	349½
Norwegen	100	Kronen	340	340½	340	340½
Helsingfors	100	finnische Mark	104½	105½	104½	105½
Schweiz	100	Franken	250	250½	250	250½
Wien	100	Kronen	46,45	46,55	46,45	46,55
Madrid u. Barcelona	100	Pesetas	273	274	273	274

Wien, 1. Juli. Die Devisenkurse blieben unverändert.

Neuerscheinungen.

In Deutsch-Südwestafrika 1913 bis 1915. Blätter aus dem Nachlass von Rüdiger Weck, Hauptmann im Generalstabe beim Kommando der Schutztruppe. (Verlag Karl Siegismund, Berlin.)

Das Buch enthält Briefe des 1915 an den Folgen eines Unfalls in Windhuk verstorbenen Generalstabsoffiziers beim Südwestafrikanischen Schutztruppenkommando Weck, die von seinem Vater herausgegeben wurden. Sie reichen bis kurz vor Kriegsausbruch. Beigefügt hat der Herausgeber eine Schilderung des Krieges in Südwestafrika. Die kurze Zeit seines Friedensaufenthalts in Südwest hat Weck durchweg auf der Pad verbracht, so dass er einen Ueberblick über Land und Bewohner erhielt, die er recht unterhaltsam und amüsant wiedergegeben hat. Bedeutsames freilich bringen die Briefe kaum, und es scheint mir sehr zweifelhaft, ob der Schilderer den Verhältnissen und den Menschen gerecht wird. Augenblickseindrücke pflegen nur selten die richtigen zu sein, besonders bei einem frisch von Europa importierten Afrikaner. Unter diesem Gesichtspunkt sind meines Erachtens auch die Kritiken an der Zivilverwaltung zu betrachten, die wohl bei der Veröffentlichung besser fortgeblieben wären.

A. Heinrichsbauer: Die Privatangestellten der Grossbetriebe und ihre Organisation. Essen 1918, Verlag nationaler Schriften.

Die Angestelltenbewegung ist bekanntlich mehr und mehr in rein gewerkschaftliche Bahnen eingemündet, vorliegende Schrift betrachtet diese Entwicklung als ein Unglück und tritt für wirtschaftsfriedliche Organisationsformen ein. Die natürliche Organisationsform sei auf dem einzelnen Betrieb aufzubauen, die Werkvereine hätten die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Wenn Werkvereine verschiedener Betriebe Verbände miteinander schlössen, so dürften diese keine Rolle im Wirtschaftskampf spielen wollen, sondern könnten lediglich Bildungsinteressen und einem Austausch von Erfahrungen dienen. Man beachte die Verwandtschaft dieser an sich durchaus antisozialistischen Ideen mit dem radikalsten Rätegedanken, der ebenfalls auf der Organisation von Angestellten und Arbeitern des Einzelunternehmens aufbaut, freilich nicht in wirtschaftsfriedlicher Absicht!

Michael Szendrei: Englands weltwirtschaftliche Hegemonie. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, hrsg. v. Mammen. Heft 48. Dresden und Leipzig 1917.

Ein interessanter Beitrag zur neueren englischen Wirtschaftsgeschichte. Auf dem Kontinent sowohl wie auch vereinzelt in England selbst war zeitweise die Meinung verbreitet, das britische Reich habe die Höhe seiner wirtschaftlichen Machtstellung bereits erreicht, wenn nicht überschritten, und nach einer vielfach beobachteten historischen Regelmässigkeit sei nun der Verfall zu erwarten. Demgegenüber zeigt Verfasser, auf Grund welcher Bedingungen es England immer wieder zuwege brachte, sich den veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, wie seine Wirtschaft auch im Kriege am wenigsten störende Einflüsse erfuhr und aus diesen Gründen die Zeit des unaufhaltsamen Rückganges keineswegs schon gekommen ist.

Felix Auerbach: „Ernst Abbe, Sein Leben und Wirken". (Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig). Der Siemens-Ring-Stiftung verdanken wir diese kleine Schrift, in der der Verfasser eine schlichte Darstellung des Lebens und Schaffens von Ernst Abbe gibt, die uns diesen Mann mit der humanen Gesinnung und dem ungestümen Tatendrang als leuchtendes Beispiel vor Augen führt. Vom Proletarierkind zum Wissenschaftler und Erfinder emporgestiegen, zum Organisator und Unternehmer grössten Stils geworden, hat er zur Ausnutzung seiner zahlreichen technischen Erfindungen jenes für seine Zeit einzig dastehende antikapitalistische Werk geschaffen, dem er, abgesehen von der Organisation der Leitung, die Form einer Genossenschaft gab. Das persönliche Kapital ist hier ausgeschaltet, und der Gewinn kommt lediglich den Arbeitern selbst, der Universität und der Stadt Jena zugute. — Gerade in unserer sozialistisch orientierten Zeit dürfte das Vorbild, das uns Ernst Abbe in seiner „Zeiss-Stiftung" hinterlassen hat, besondere Würdigung verdienen.

Weiße Zähne durch

Zahnwohl

Überall zu haben

Heraus! Noch sind sie bar Geld!
Ich kaufe jeden Posten aller Art gebrauchter
Sekt 20 Pfg. (Natur) **Korken** Wein 4 Pfg. (lange)
frei von Bruch und Kunstkork,
sowie auch gebrauchte Flaschenkapseln und Staniol, bei vorheriger Zusendung gegen sofortige Kasse nach Empfang und Richtigbefund der Ware. Fracht und Porto trage ich.
Korkhaus Benecke, Berlin N., Invalidenstr. 137.
Geöffnet von 9—7 Uhr. Amt Norden 8875.
Für Groß-Berlin freie Abholung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.